

inform



AKSB-Jahresbericht 2025

 **AKSB**

Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Inhalt

Editorial Andrea Rühmann	4
---------------------------------------	----------

Geleitwort Gunter Geiger	5
---------------------------------------	----------



Aus der Arbeitsgemeinschaft	6
--	----------

Politische Bildung mit Haltung: Die Vorstandsarbeit der AKSB im Jahr 2025	6
---	----------

Dafür stehen wir mit unserem Namen	8
--	----------

Positionen und Haltungen in die Praxis übertragen	9
---	----------

<i>Finger weg von Social Media?</i> Instagram-Kampagne zwischen Shitstorm von rechts außen und Aha-Effekten	10
---	-----------

Politik ist wie Fußball	12
-------------------------------	-----------

Gemeinsam im Einsatz für die politische Bildung	13
---	-----------



Aus der Geschäftsstelle	15
--------------------------------------	-----------

Zentrale Arbeit: Zentralstellenarbeit	15
---	-----------

Digital und wiederkehrend: Schulungen zur Qualitätssicherung	15
--	-----------

Verwaltungsfachtagung	16
-----------------------------	-----------

Kooperationskonferenz: Gemeinsame Lösungen in herausfordernden Zeiten ...	17
---	-----------

Internationale politische Bildung: Zukunftsweisend und wirksam	18
--	-----------

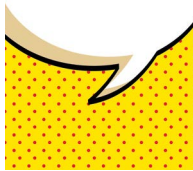
Zwischen Anerkennung, Anfeindung und algorithmischer Öffentlichkeit	20
---	-----------

Gefangen im Netz der Desinformation	21
---	-----------

AKSB-Jahrestagung: Erinnerungskultur(en) unter Druck	22
--	-----------



Bundesweite Zusammenarbeit	24
Bundesweite Zusammenarbeit – spannende Themen, packende Titel	24
Durch <i>sozial-ökologische Transformation</i> die Zukunft gestalten	25
Demokratieverständnisse – Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte	26
Solidarität entwickeln – Soziale Gerechtigkeit als zentrales Thema	27
Aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen	28
Bei methodischen und didaktischen Fragen wenden Sie sich	29



Aus den Projekten	30
<i>Reden wir Tacheles!</i>	30
Respekt für <i>RespACT</i>	32

Überblick	34
AKSB in Zahlen 2025	34
AKSB-Mitglieder 2025	35
Förderung im Überblick	36
AKSB im Überblick 2025	40
Impressum	43
Termine	44

Liebe Leserinnen* und Leser,

auf dem Titelblatt blickt uns Justitia entgegen – hier von der Fassade des Hamburger Strafjustizgebäudes am Sievekingplatz. In dieser Darstellung sind ihre Augen nicht verbunden. Das verweist auf eine ältere Tradition: Ursprünglich wurde Justitia sehend dargestellt, erst später kam die Augenbinde als Symbol für Unparteilichkeit hinzu.

Beide Deutungen weisen über sich hinaus: Gerechtigkeit verlangt Unvoreingenommenheit – und zugleich die Fähigkeit, genau hinzusehen. Sie braucht Urteilskraft, Werte und die Bereitschaft zur Abwägung.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch unsere politische Bildungsarbeit: Sie will Orientierung geben, ohne vorzuschreiben, und zur eigenständigen Urteilsbildung befähigen. Wir bilden wertevoll und zeigen Haltung. Dafür stehen wir mit unserem Claim (mehr dazu ab S. 6).

Dieses Fundament gleicht einem Leuchtturm in stürmischen Zeiten. Und um im Bilde Justitias zu bleiben: Es hilft uns, mit wachem Blick demokratische Fähigkeiten zu vermitteln.

2025 forderte uns mit einem Regierungswechsel, Debatten um die politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen und wachsendem Misstrauen gegenüber zivilgesellschaftlichem Engagement heraus. Die Notwendigkeit, Allianzen zu schmieden, gemeinsam unsere Arbeit zu erklären und zu verteidigen, wird derzeit besonders deutlich. Dabei hat der Beutelsbacher Konsens neue Aufmerksamkeit erfahren – als Maßstab für eine politische Bildung, die nicht überwältigt, sondern zur eigenen Urteilsbildung befähigt. Auch darin liegt die Verbindung zu Justitia: im Anspruch, fair abzuwägen und nicht die Augen vor gesellschaftlichen Realitäten zu verschließen.

Hier zahlt es sich aus, dass die AKSB Teil eines starken Netzwerkes ist und sich gemeinsam mit Partnern – im bap und in der GEMINI – auf Bundesebene für die politische Bildung engagiert. (s. S. 13).



Foto: Nathan Dreesen

2025 blickte der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) auf 75 Jahre zurück. Seit 1949 ist er das zentrale Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene. Über Generationen hinweg hat die politische Jugendbildung im KJP jungen Menschen Räume eröffnet, in denen sie Verantwortung übernehmen und Demokratie konkret erleben konnten.

Die AKSB wird 2027 ihr 75-jähriges Bestehen feiern und ist damit fast so alt wie der Kinder- und Jugendplan. Diese Kontinuität zeigt: Politische Bildung wirkt, wird gebraucht und passt sich neuen Herausforderungen an. Dem dürfen wir mit Selbstbewusstsein begegnen.

Bei der Redaktion des Jahresberichts wurde deutlich, wie sehr die Diskussion um Neutralität und Werte im Jahr 2025 unsere Arbeit beeinflusst hat. Kaum ein Beitrag, in dem es nicht darum geht. Durch die unterschiedlichen Kontexte, in denen das Thema aufkam, greift der Jahresbericht viele Aspekte rund um die Neutralitätsdebatte auf. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und sind gespannt, wie Sie die Balance zwischen Haltung und Chancengleichheit meistern.

Herzliche Grüße

Andrea Rühmann, Geschäftsführerin

Geleitwort

Liebe Kolleginnen* und Kollegen,

politische Bildung lebt von engagierten Menschen, lebendigen Orten und verlässlichen Strukturen. All dies prägt die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB). Unsere Mitgliedseinrichtungen leisten bundesweit einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Bildung – oft aus regionalen Kontexten heraus, aber mit Wirkung weit darüber hinaus.

Gleichzeitig stehen viele Einrichtungen vor großen Herausforderungen. In mehreren Bistümern führen finanzielle Konsolidierungsprozesse dazu, dass Bildungsarbeit neu bewertet und teilweise reduziert wird. Für unsere Mitgliedseinrichtungen bedeutet dies langfristige Kürzungen und strukturelle Veränderungen. Diese Entwicklungen sind Teil umfassender Transformationsprozesse innerhalb der Kirche – sie betreffen jedoch unmittelbar die Infrastruktur politischer Bildung in katholischer Trägerschaft.

Gerade deshalb ist es wichtig, den Wert dieser Arbeit sichtbar zu machen. Politische Bildung in der AKSB lebt von unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und Zielgruppen. Darin liegt die Stärke unseres Netzwerks: Manche Einrichtungen verfügen über große Expertise in der historisch-politischen Bildung, andere erreichen junge Menschen oder arbeiten mit Multiplikator*innen und gesellschaftlichen Gruppen, die sonst nur schwer Zugang zu politischer Bildung finden.

Die AKSB verbindet die unterschiedlichen Profile zu einem lernenden Netzwerk. Unsere Konvention „Wertevoll politisch bilden“ beschreibt unser Selbstverständnis: politische Bildung, die aus der katholischen Soziallehre heraus argumentiert, demokratische Verantwortung stärkt und Räume für Dialog und gesellschaftliche Verständigung eröffnet.

In einer Zeit, in der Demokratie weltweit unter Druck steht, wird politische Bildung dringender gebraucht denn je. Umso wichtiger ist es, dass Kirche hier sichtbar bleibt – kontinuierlich und verlässlich,



Foto: Nathan Dreesen

mittlen in gesellschaftlichen Debatten. Unsere Bildungseinrichtungen leisten jeden Tag einen Beitrag zur demokratischen Kultur: Sie bringen Menschen ins Gespräch, eröffnen Räume für kontroverse Diskussionen und stärken die Orientierung an Menschenwürde, Solidarität und Gemeinwohl.

Auch unter veränderten Rahmenbedingungen bleibt dieser Auftrag bestehen – und gewinnt an Bedeutung. Wertevolle politische Bildung ist kein Zusatzangebot. Sie ist Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

Herzlich
Ihr

Gunter Geiger, Vorsitzender

Politische Bildung mit Haltung: Die Vorstandsarbeit der AKSB im Jahr 2025

Das Jahr 2025 stand für die AKSB in besonderer Weise im Zeichen von Werten und Haltung. In einem politischen Umfeld, das weiterhin von Polarisierung, gesellschaftlichen Spannungen und zunehmenden Angriffen auf demokratische Institutionen geprägt ist, hat sich unsere Arbeitsgemeinschaft bewusst als werteorientierte Akteurin politischer Bildung positioniert. Für uns als Vorstand war dabei zentral, die fachliche Qualität unserer Arbeit mit einer klaren demokratischen Haltung zu verbinden.

Ein sichtbares Zeichen dafür war die Weiterentwicklung und Aktualisierung unserer Konvention (s. S. 8). Unter dem Titel „Wertevoll politisch bilden.“ wurde sie im November 2024 erstmals in ihrer überarbeiteten Form vorgestellt und von der Mitgliederversammlung verabschiedet. Ein Jahr später liegt sie nun in gedruckter Fassung und neuem Look vor. Sie beschreibt das Selbstverständnis der AKSB als katholisch-sozial orientierte Fachorganisation politischer Bildung und knüpft an die Tradition der katholischen Soziallehre ebenso an wie an aktuelle Herausforderungen für Demokratie, Menschenwürde und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dass der Claim *wertevoll politisch bilden* inzwischen von vielen Mitgliedereinrichtungen aktiv aufgegriffen wird, zeigt, dass wir damit einen wichtigen Schritt zur gemeinsamen Profilschärfung gegangen sind.

Politische Bildung unter Druck

Gleichzeitig war das Jahr von neuen Herausforderungen geprägt. Besonders deutlich zeigte sich dies im Umgang mit Medien aus dem rechtspopulistischen Spektrum, die unsere Arbeit wiederholt kritisch oder verzerrt beäugten. Solche Angriffe sind Teil eines größeren gesellschaftlichen Trends, der politische Bildung zunehmend unter Rechtfertigungsdruck setzt. Für uns als Vorstand war es daher wichtig, gemeinsam mit der Geschäftsstelle und unseren Mitgliedereinrichtungen Wege zu finden, wie wir auf diese Herausforderungen reagieren können – sachlich, transparent und zugleich selbstbewusst.

Ein Beispiel dafür war die Fortführung unserer Kampagne *Finger weg. Angst regiert – Deutschland verliert* im Vorfeld der Bundestagswahl (s. S. 10). Wie bereits im Jahr zuvor hat sie große Aufmerksamkeit erzeugt. Neben viel Zuspruch aus Zivilgesellschaft und Bildungslandschaft erreichten uns jedoch auch zahlreiche kritische Reaktionen, Hasskommentare

und persönliche Anfeindungen. Diese Erfahrungen zeigen deutlich, wie stark politische Bildungsarbeit inzwischen Teil gesellschaftlicher Konfliktlinien geworden ist. Umso wichtiger bleibt es für uns, Räume für demokratische Diskurse zu öffnen und dabei klar für Menschenwürde, Pluralität und demokratische Werte einzustehen.

Austausch, Orientierung und fachliche Impulse

Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch die Fachtagung „Vorsicht! Unter Druck!“ im Rahmen des AKSB-Projekts *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.* (s. S. 32), die im August 2025 gemeinsam mit dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben sowie dem Deutschen Volkshochschul-Verband in Berlin stattfand. Die Veranstaltung widmete sich der Frage, welche Rolle Neutralität und Haltung in der politischen Jugendbildung spielen. Besonders der Vortrag des Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Friedhelm Hufen machte deutlich, dass politische Bildung nicht wertneutral sein kann, sondern immer im Rahmen der demokratischen Grundordnung agiert. Für viele Teilnehmende bot die Tagung wichtige Argumentationshilfen und Orientierung für ihre Arbeit in einem zunehmend konflikthaften Umfeld. Die AKSB-Jahrestagung (s. S. 22) im November 2025 griff zentrale gesellschaftliche Debatten auf. Unter dem Motto „Erinnerungskultur(en) unter Druck – Perspektivwechsel in der (historisch-) politischen Bildung“ kamen unsere Mitglieder im Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg zusammen. In Vorträgen, Workshops und Exkursionen wurden vielfältige Perspektiven auf aktuelle Herausforderungen der historisch-politischen Bildungsarbeit geboten. Im Anschluss tagte die Mitgliederversammlung, in der nicht nur die ersten Ergebnisse des Kriterienkatalogs zum Whole-Institution-Approach (s. S. 25) präsentiert und das ASG-Bildungsfo-



Der aktuelle Vorstand der AKSB (v. l. n. r.): Michael Engbers, Dr. Nike Alkema, Gunter Geiger, Andrea Rühmann (beratendes Mitglied), Marcel Speker und Martina Weishaupt. Foto: Nathan Dreesen

rum e.V. als neues Mitglied aufgenommen, sondern auch der gesamte Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung bestätigt wurde. Wir danken den Mitgliedern herzlich für ihr Vertrauen.

Politische Rahmenbedingungen und Förderstrukturen

Das Jahr 2025 war zudem geprägt von politischen Veränderungen auf Bundesebene. Die Regierungsbildung sowie Umstrukturierungen in zentralen Förderressorts – insbesondere im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und in der Bundeszentrale für politische Bildung – führten zu Warteschleifen und teilweise neuen Abstimmungsprozessen. Die AKSB-Geschäftsführung hat diese Entwicklungen eng begleitet und den Austausch mit den jeweiligen Ansprechpartner*innen aktiv gesucht. Es ist uns wichtig, auch in Phasen politischer Neuorientierung verlässliche Kontakte zu pflegen und die Bedeutung politischer Bildung sichtbar zu machen.

Ein besonderes Zeichen setzte in diesem Zusammenhang das 75-jährige Jubiläum des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP). Gemeinsam mit anderen bundeszentralen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe haben wir im Rahmen der „Initiative-KJP“ darauf hingewiesen, wie wichtig eine verlässliche und auskömmliche Förderung für die Infrastruktur der politischen Jugendbildung ist. Der KJP bleibt das zentrale Fundament für unsere Arbeit – und für die demokratische Bildung junger Menschen in Deutschland.

Zusammenarbeit stärken

Auch innerhalb der AKSB haben wir im vergangenen Jahr wichtige Schritte zur Weiterentwicklung unserer Zusammenarbeit unternommen. Gemeinsam mit der *Bundesweiten Zusammenarbeit* (BZA, s. S. 24) wurden die Titel der thematischen Schwerpunkte überarbeitet, um ihre Inhalte klarer darzustellen und ihre Sichtbarkeit nach außen zu stärken. Die neuen Bezeichnungen – von *Zukunft gestalten* bis *Vergangenheit verstehen* – verdeutlichen die thematische Breite unserer Arbeit und erleichtern zugleich die Kommunikation unserer Angebote.

Perspektiven

Die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit werden auch in den kommenden Jahren nicht geringer werden. Gerade deshalb bleibt es unser Ziel als Vorstand, die AKSB als kompetente, wertgebundene und gut vernetzte Akteurin im Feld der politischen Bildung weiter zu stärken.

Das Jahr 2025 hat gezeigt: Wenn wir unsere fachliche Expertise, unser christliches Menschenbild und die Vielfalt unserer Mitgliedseinrichtungen zusammenbringen, können wir gemeinsam viel bewegen – für eine lebendige Demokratie und eine wertorientierte politische Bildung.

Dafür stehen wir mit unserem Namen

Bürgte Claus Hipp ursprünglich mit einem ähnlichen Spruch für höchste Qualität gewisser Lebensmittel, übernehmen wir die Aussage heute für unsere Arbeit. Denn während einige Neutralität fordern, haben wir unsere Haltung erneut gefestigt. Stellt jemand in Frage, dass politische Bildung Position beziehen darf, verweisen wir auf unsere aktualisierte Konvention „Wertevoll politisch bilden.“

Natürlich bietet die Konvention mehr als das. In ihrem Entstehungsjahr 1998 war noch nicht abzusehen, wie wichtig es sein würde, als Akteurin der politischen Bildung die eigenen Grundlagen festzuschreiben. In der ersten Ausgabe der Konvention legte die AKSB darin das Selbstverständnis der Arbeitsgemeinschaft und der politischen Bildungsarbeit fest. Das damalige Ziel: Qualitätssicherung der Bildungsarbeit und Untermauerung der fachlichen und politischen Diskussion der Profession nicht-formaler politischer Jugend- und Erwachsenenbildung – wie es im Vorwort zur ersten Überarbeitung heißt.

Wie das so ist, entwickeln sich Dinge. Nach der ersten Überarbeitung im Jahr 2008 beschloss die Mit-

gliederversammlung der AKSB im November 2023, die Konvention erneut der Zeit anzupassen. Dabei sollte der aktuelle AKSB-Claim *wertevoll politisch bilden* als Grundlage dienen und die gesamte Arbeit kontextualisiert werden. Immerhin hat sich in den vergangenen 15 Jahren einiges verändert, wie etwa ein Blick auf die Entwicklung des Internets zeigt.

Dabei ließ sich nur erahnen, wie bedeutend eine aktuelle Positionierung sein würde. Zunehmend wurde in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen gefordert, dass politische Bildung neutral zu sein habe. Dass es sich dabei um rhetorisches Schindluder handelt und mit der Diskussion über Neutralität schlicht von eigentlichen Themen abge-

lenkt werden sollte, ist offensichtlich. Nicht zuletzt hat ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Hufen aufgezeigt, dass Neutralität nur unter gewissen Bedingungen verpflichtend ist. Und wir als Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozial orientierter politischer Bildungsarbeit gehen noch einen Schritt weiter: Aufgrund unserer Werte dürfen wir gar nicht immer neutral sein. Denn:

- ✘ Wir sind dem christlichen Menschenbild und den damit verbundenen Werten verpflichtet.
- ✘ Wir bekennen uns klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Der AKSB-Claim *wertevoll politisch bilden* trifft die Grundlagen der Arbeitsgemeinschaft damit auf den Punkt. Daraus lassen sich konkrete Verpflichtungen für unser Handeln ableiten.

Befähigung zur politischen Partizipation

Das Ziel unserer Arbeit ist die Mündigkeit. Politische Bildung soll Menschen befähigen, sich eine begründete Mei-



Wertevoll politisch bilden.

Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB

AKSB
Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Der Umschlag unserer Konvention bringt mit dem Titel und dem AKSB-Keyvisual aus mehreren Motiven unser Wertefundament auf den Punkt.

nung zu bilden, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv einzubringen. Besonders in Zeiten von Populismus, Polarisierung, Desinformation und digitalen Umbrüchen sehen wir hier einen zentralen Auftrag.

Einsatz für soziale Gerechtigkeit

Unsere Bildungsangebote sollen Menschen in die Lage versetzen, gesellschaftliche Strukturen unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu analysieren und sich für gerechtere Verhältnisse einzusetzen. Wir verstehen politische Bildung als Beitrag zur Realisierung von Solidarität und Teilhabe.

Orientierung am Dreischritt „Sehen – Urteilen – Handeln“

Wir verbinden in unserer Arbeit den klassischen Dreischritt aus:

- ✦ demokratie-theoretischer Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen (Sehen),

- ✦ sozioethischer Bewertung auf Grundlage christlicher Soziallehre (Urteilen),
- ✦ konkreter Handlungsorientierung und Engagementförderung (Handeln).

Keine parteipolitische Bindung, aber klare Haltung

Wir positionieren uns nicht parteipolitisch, beziehen jedoch klar Stellung gegen menschenverachtende und demokratiefeindliche Ideologien. Politische Bildung darf nicht neutral gegenüber Angriffen auf Menschenwürde und unsere Demokratie bleiben.

Hier liegen die gesamte Konvention, die Erklärungen und Positionspapiere zum Download bereit:



Positionen und Haltungen in die Praxis übertragen

In den vergangenen Jahren hat die AKSB die Notwendigkeit gesehen, bestimmte Positionen hervorzuheben und als Arbeitsgemeinschaft voranzubringen.

Erklärung „Menschen mit Behinderung stärken – Gesellschaft verändern.“

Auf Initiative des AKSB-Projekts *Wie geht Demokratie? – Inklusive Demokratiebildung für Jugendliche und junge Erwachsene mit geistiger Behinderung*. (beendet) bestätigte die AKSB-Mitgliederversammlung 2022 Inklusion als gesellschaftlichen Auftrag und damit als Auftrag an die politische Bildungsarbeit.

Erklärung: „Menschenwürde und Demokratie stärken – Rassismus widersprechen“

Die AKSB-Mitgliederversammlung bezog 2018 klar Stellung gegen Rassismus. In ihrer Erklärung betonte sie die zentrale Rolle politischer Bildungsarbeit und unterstrich ihre Rolle bei der Stärkung von Demokratie, gesellschaftlicher Teilhabe, internationalem Austausch sowie ihren Einsatz für Menschenwürde und globale Gerechtigkeit.

Positionspapier „Klimakrise bekämpfen“

2021 bestätigte die AKSB-Mitgliederversammlung ein Positionspapier, in dem sich die Mitgliedseinrichtungen und die Bundesweite Zusammenarbeit (BZA) der AKSB zu klimafreundlichem Handeln verpflichten. Anschließend entwickelte der Schwerpunkt *Sozialökologische Transformation* einen Kriterienkatalog, der Orientierung beim Whole-Institution-Approach bietet – Ziel ist es, Nachhaltigkeit als ganzheitlichen Ansatz einer Bildungseinrichtung in den Blick zu nehmen.

Awareness

Um einen respektvollen, achtsamen und diskriminierungsfreien Rahmen zu sichern, sollen bei zentralen AKSB-Veranstaltungen Awareness-Konzepte fest verankert werden. Auf der AKSB-Jahrestagung 2025 wurde dazu erstmalig ein Konzept angewendet, das von der Leitung des Schwerpunkts *Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung* gemeinsam mit drei AKSB-Mitarbeitenden entwickelt wurde. Im Zentrum standen der Schutz Betroffener sowie die Sensibilisierung aller Teilnehmenden.

Finger weg von Social Media? Instagram-Kampagne zwischen Shitstorm von rechts außen und Aha-Effekten

Social Media und politische Bildung: Dieses Thema löst allgemeine Ratlosigkeit aus. Einerseits möchte kaum jemand rechtsextremen Internet-Akteur*innen das digitale Feld einfach so überlassen. Andererseits sind nur wenige politische Bildner*innen dazu bereit, sich auf das dünne Instagram-Eis zu begeben, ohne wirklich zu wissen, wo es langgeht.

Wir haben es trotzdem gemacht und unsere Landtagswahl-Kampagne 2024 um eine Kampagne zur Bundestagswahl 2025 erweitert. Fakten statt Propaganda lautete unser Credo, das wir unter dem Titel *Finger weg! Angst regiert – Deutschland verliert* in bildstarke Botschaften für Facebook und Instagram verwandelten. Unser Ziel: Menschen über Rechtspopulismus aufzuklären, um demokratiefreundliche Wahlentscheidungen zu fördern.

Diese Kampagne war für uns kein Routineformat. Als Verband der politischen Bildung arbeiten wir in der Regel dialogisch, langfristig und jenseits zugespitzter Kampagnenlogiken. Die Entscheidung, im Kontext der Bundestagswahl bewusst provokant und sichtbar auf Social Media zu kommunizieren, war daher ein Ausnahmefall – ausgelöst durch die zunehmende Präsenz rechtspopulistischer Narrative im digitalen Raum. Dieser Beitrag versteht sich als Erfahrungsbericht über Chancen, Grenzen und Zumutungen politischer Bildungsarbeit auf Social Media.

Mit unserer Kampagne wollten wir bewusst provozieren: Wir nutzten die Bildsprache rechtsextremer Akteur*innen, um deren Botschaften inhaltlich zu entkräften. Knallige Farben, Frakturschrift und ein auffällig simpler Slogan sorgten für Aufmerksamkeit, ja, Irritation. Diese Reaktionen sind auf Social-Media Gold wert, denn sie sichern für eine Millisekunde das Interesse der User*innen. Raum genug, um unsere Message zu platzieren: Rechtspopulismus ist wahrheitsfern und demokratiefeindlich. Dass wir mit dieser Haltung auf Gegenwehr stoßen würden, war uns bewusst. Die Heftigkeit der negativen Reaktionen überraschte uns dennoch: Jeden Tag erreichten uns unzählige Kommentare, in denen wir beschimpft, beleidigt und verunglimpft wurden. So unangenehm diese Tiraden für uns waren, so wertvoll waren sie für unsere Auswertung, denn sie machten drei Dinge deutlich:

✂ Es herrscht eine kollektive, politisch rechtspopulistische Wut auf die Zivilgesellschaft. Ein zivilgesellschaftlicher Verband wie unserer

wird fälschlicherweise oft mit politischen Entscheidung*innen gleichgesetzt. Die Wut auf „die Politik“ und die Enttäuschung über die Regierung überträgt sich somit auf politische Bildner*innen. Das ist nicht nur im Netz ein großes Problem, zeigt sich dort aber konzentriert: Oft wird scharf kritisiert, dass „Steuer-gelder“ für angeblich einseitige politische Bildung ausgegeben werden, die „Meinungsmache“ betreibt.

✂ Immer wieder wird die Forderung nach Einhaltung des vermeintlichen „Neutralitätsgebotes“ laut. Dieses bezieht sich auf eine Formulierung im Beutelsbacher Konsens, der die Regeln der politischen Jugendbildung in Deutschland festlegt.

Als Antwort darauf posteten wir ein Statement, das zu unserem erfolgreichsten unbezahlten Social-Media-Post wurde und neben enormer Entrüstung auch sehr viele positive Reaktionen verbuchen konnte.

✂ Besonders wütend sind einige User*innen auf eine Kirche, die sich politisch betätigt. Anhand teils hitziger Kommentare mussten wir immer wieder feststellen: Die kollektive Wut richtet sich auch gegen die Kirche. Das „katholisch“ in unserem Namen genügte vielen bereits, um auf die Barrikaden zu gehen und gegen die Kirche und ihre politische Beteiligung zu wettern. Dabei wurde immer wieder die Forderung laut, dass Kirche sich politisch zurückhalten solle. Politik ginge sie nichts an. Darüber hinaus wurde kirchennahen Einrichtungen die moralische Integrität im Hinblick auf Missbrauchsskandale und die Intoleranz in der Kirchengeschichte abgesprochen.

So interagierten wir mit (rechtsextremen)

User*innen: Die KASI-Methode

Für den Umgang mit Hasskommentaren zu unserer Kampagne brauchten wir schnell eine Strategie. Wir hielten uns an die KASI-Methode, die an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf entwickelt wurde. Die Abkürzung steht für drei hilfreiche Moderationsstile in sozialen Netzwerken: kognitiv, affektiv und sozial-integrativ.

✖ Kognitiver Moderationsstil

Dieser Stil schafft eine sachliche Diskussionsgrundlage.

Elemente: offene Fragen stellen, sachlich argumentieren, fundierte Quellenangaben und Zusatzinformationen vermitteln.

Trotz aller Sachlichkeit: Extrem demokratiefeindliche Kommentare haben wir gelöscht oder selbst entsprechend deutlich kommentiert.

✖ Affektiver Moderationsstil

Mit diesem Kommunikationsstil wird eine positive emotionale Grundstimmung gefördert.

Elemente: User*innen nach persönlichen Erfahrungen fragen, Verständnis zeigen, Engagement bestärken und auch bei ungehaltenen Äußerungen höflich bleiben.

✖ Sozial-integrativer Moderationsstil

Dieser Stil erzeugt ein „Wir-Gefühl“ in der Community und schafft eine fruchtbare Basis für Gemeinschaft und Solidarität.

Elemente: Gemeinsamkeiten hervorheben, User*innen, wenn möglich, vernetzen und selbst als Teil der Community auftreten.

Die sachliche Moderation fiel uns angesichts der respektlosen Wortwahl in einigen Kommentaren nicht leicht. Einfacher machten es die vielen positiven Kommentare von Menschen, die sich dagegen positionierten und unsere Kampagne unterstützten.

Haltung zeigen zahlt sich aus

Dass Haltung nicht nur Hass, sondern auch positive Reaktionen erzeugt, zeigte sich über die Kampagne hinaus beim Dauerstreitthema „Beutelsbacher Konsens“: Gibt es ein politisches Neutralitätsgebot für Lehrer*innen und politische Bildner*innen? Wir haben dazu eine eindeutige Antwort formuliert: Nein, es gibt kein Neutralitätsgebot, sondern im Gegenteil die Pflicht, demokratiefeindliche Strömungen zu kritisieren.

Für diese unmissverständliche Positionierung wurden wir sofort belohnt: zehnmal mehr Likes als gewöhnlich, zahlreiche Kommentare und Reposts. Neue Follower*innen fanden ihren Weg zu uns, und auch politische Influencer*innen wurden auf uns aufmerksam.

Fazit: Diese zwei Dinge braucht

Social-Media-Kommunikation in der politischen Bildung

Unser Social-Media-Experiment hat uns Folgendes gelehrt: Wenn wir als Akteur*innen der politischen Bildung Menschen auf Social Media erreichen wollen, brauchen wir ...

✖ fundierte Informationen und eindeutige Haltungen. Diese dürfen nicht parteipolitisch, müssen aber demokratiefördernd sein.

✖ achtsames Community Management, das auf Sachlichkeit, Freundlichkeit und Gemeinschaft basiert.

Mit diesen Learnings wollen wir uns weiterentwickeln und laden alle politischen Bildner*innen ein, sich mehr mit Social Media vertraut zu machen, Dinge auszuprobieren (selbst wenn nicht alles perfekt läuft) und Demokratie im Netz zu stärken.



Politik ist wie Fußball ...

Zumindest lassen sich Parallelen ziehen. So geschehen im Gespräch mit Michael Brand. Als parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) wirkt er an der politischen Ausrichtung unterschiedlicher Gesellschaftsthemen mit. Die AKSB durfte ihn am 9. Dezember 2025 zu einem Gespräch in ihrer Geschäftsstelle begrüßen. Im Interview spricht Michael Brand über die Rolle politischer Bildung in einer komplexen Gesellschaft. Und er macht deutlich: Demokratie lebt – ähnlich wie Politik oder auch Sport – vom Zusammenspiel vieler, die gemeinsam an einem Ziel arbeiten.

AKSB: Herr Brand, Sie sind seit Mai 2025 parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Was waren seitdem Ihre Kernthemen?

Brand: Die Themen sind so vielfältig wie die Aufgaben des Ministeriums. Das BMBFSFJ wird auch Gesellschaftsministerium genannt: Der Wirkungskreis reicht vom Kind über Jugend, Bildung, Familie, Frauen bis hin zu aktiver Teilhabe von Senioren. Auch zählen politische Bildung und Stärkung des demokratischen Engagements dazu. Ein Ministerium für gesellschaftlichen Zusammenhalt – das trifft es ganz gut.

AKSB: Welche Rolle spielt dabei die politische Bildungsarbeit?

Brand: Politische Bildung ist ein ganz wichtiger Teil unserer Aufgaben. Menschen, die politisch besser informiert sind, können sich besser in einer komplexer werdenden Welt orientieren und sind stärker immun gegen vor allem gezielte Desinformation. Sie verstehen Zusammenhänge schneller und besser. Demokratie lebt vom Einsatz vieler, sie kann weder von oben verordnet werden noch ist sie ein Selbstläufer; Demokratie muss gelebt, gestaltet und auch verteidigt werden. Dafür mit die Grundlagen zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe politischer Bildungsarbeit.

AKSB: Politischer Bildungsarbeit wird so einiges nachgesagt – das Spektrum reicht vom ursprünglichen Gedanken der Demokratieförderung bis hin zu Ideen des „auf-Spur-Bringens“ im Sinne der Staatsbürgerkunde. Was sollte aus Ihrer Sicht das Ziel politischer Bildungsarbeit sein?

Brand: Das Ziel sind informierte und auch engagierte Menschen, die sich aktiv beteiligen, ihre Interessen äußern und die Demokratie zu ihrer auch



Michael Brand (CDU), parlamentarischer Staatssekretär im BMBFSFJ. Das Ministerium verantwortet unter anderem Programme zu Demokratiebildung und gesellschaftlichem Engagement. Foto: Tobias Koch

ganz eigenen Sache machen. Dazu gehört sicher auch die Bereitschaft zum Kompromiss in einem echten Miteinander und nicht gegeneinander. Lebhaftige Debatten mit gegenseitigem Respekt gehören natürlich unbedingt dazu, auch das kann politische Bildung sehr fördern.

Aus diesen Gründen unterstützt die Bundesregierung eine Vielzahl an unterschiedlichen Bildungsträgern, um ein breites Angebot für möglichst viele Interessierte in ganz Deutschland zu erreichen.

AKSB: Warum sind außerschulische Bildungsangebote wichtig?

Brand: Wir können nicht der Schule allein die ganze Aufgabe übertragen, das würde nicht funktionieren. Die Vermittlung der Grundlagen ist ein Teil, die themen- oder auch gruppenbezogene außerschulische Bildung ist ein ganz wichtiger anderer Teil. Das kann umgesetzt werden mit Einrichtungen, Organisationen und Projekten, die weitere Zugänge als nur den

schulischen haben. Außerschulische Bildungsarbeit kann individuelle Themen anpacken, besondere Interessen berücksichtigen, aktuell etwas aufgreifen – jenseits der Lehrpläne in der Schule. Besondere Inhalte und auch besondere Orte eignen sich gut, um diese Bildungsarbeit zu vertiefen, und bieten andere Möglichkeiten, auch ganz praktische Erfahrungen zu sammeln. Hier ergänzen sich also zwei wichtige Grundpfeiler von Demokratiebildung.

AKSB: Eine letzte Frage an Sie als Fan des 1. FC Köln: Was können der Fußballverein und die Bundesregierung derzeit voneinander lernen?

Brand: Der fraktionsübergreifende FC-Fanclub im Bundestag heißt aus gutem Grund „KOALITION RUT-WIESS“, also rot-weiß. Was Fußball mit Politik verbindet, ist: Beide sind Teamleistungen, ohne gemeinsames Ziel und den gemeinsamen, zähen Einsatz zur Erreichung des Ziels geht es nicht. Man kann nicht jeden Tag in der „Champions League“ spielen, aber man muss täglich hart arbeiten, damit man nach oben kommt oder oben bleibt. Das gilt auch für die „KOALITION SCHWARZ-ROT“, die wir im Bund politisch haben – und das gilt für unser ganzes Land.



Michael Brand (parlamentarischer Staatssekretär im BMBFSFJ, rechts neben dem gelben Kreuz) und Thomas Thomer (Unterabteilungsleiter im BMBFSFJ, rechts daneben) in der AKSB-Geschäftsstelle. Foto: AKSB

Gemeinsam im Einsatz für die politische Bildung

2025 war ein Jahr der politischen Weichenstellungen – auch für die politische Bildungsarbeit. Zwischen Wahlkampf, Koalitionsverhandlungen und gesellschaftlichen Spannungen setzten bap und GEMINI klare Impulse, um die Bedeutung demokratischer Bildung zu unterstreichen.

Der „Bundesausschuss politische Bildung“ (bap) mit der Arbeitsgruppe „Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap“ (GEMINI) vertritt die Interessen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gegenüber Politik, Behörden und Gesellschaft. Die AKSB arbeitet engagiert in bap und GEMINI mit.

Üblicherweise beschäftigen sich bap und GEMINI mit den aktuellen förder- und fachpolitischen Entwicklungen. Die Bundestagswahlen, die folgenden Koalitionsverhandlungen und die allgemeine Stim-

mung während dieser Umbruchzeit waren 2025 demnach selbstverständlich zentrale Punkte in der bap- und GEMINI-Arbeit.

Forderungen an den Koalitionsvertrag

Zu den Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD erarbeiteten Vertreter*innen aus bap und GEMINI ein Positionspapier, das für angemessene Berücksichtigung der Interessen der politischen Bildungsarbeit im Koalitionsvertrag sorgen sollte.

Die Forderungen unter dem Titel „Politische Bildung stärken!“ lauteten zusammengefasst:

- ✂ Akteure der politischen Bildung und Zivilgesellschaft schützen,
- ✂ den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) als unverzichtbare Infrastruktur der politischen Jugendbildung bedarfsgerecht ausstatten und
- ✂ die finanziellen Mittel in der Richtlinien- und Modellförderung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) erhöhen.

Ausgelöst durch die zunehmenden demokratiefeindlichen Tendenzen in der Gesellschaft formulierte die GEMINI in einer Stellungnahme zur Stärkung der Demokratie als notwendige Schritte:

- ✂ Gemeinsame Stärke gegen den Neutralitätsmythos zeigen,
- ✂ demokratische Resilienz durch gezielten Schutz und die Qualifizierung von Fachkräften der politischen Jugendbildung fördern und
- ✂ nachhaltige Stärkung und Weiterentwicklung

der bundeszentralen Infrastruktur der politischen Jugendbildung sicherstellen.

In Gesprächen und Briefen an Politiker*innen wurden diese Positionen zusätzlich dargelegt. Natürlich bot auch das 75-jährige Jubiläum des „Kinder- und Jugendplan des Bundes“ (KJP) Gelegenheit, die Bedeutung der politischen Bildung in Deutschland und ihre Förderung zu betonen.

Immer wieder: Neutralität

Einen Tag nach den Bundestagswahlen sah sich die politische Bildungslandschaft mit der „Frage nach der politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ konfrontiert – gestellt in einer „Kleinen Anfrage“ an die damalige Bundesregierung. In den vergangenen Jahren hat sich der Konsens entwickelt, dass politische Bildungsarbeit nur gleich behandeln kann, was sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt.

In einer Stellungnahme fasste der bap Unsicherheiten, die durch die „Kleine Anfrage“ entstanden sind, zusammen.

Demokratiestärker*innen – weil es ums Ganze geht

Für eine breitere Zielgruppe machte die GEMINI politische Jugendbildung durch vielfältige Aktionen auf dem 18. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in der Zeit vom 13. bis 15. Mai 2025 in Leipzig erfahrbar. Schon zuvor hatten alle GEMINI-Mitwirkenden die Kampagne „Demokratiestärker*innen“ gestartet, um die unzähligen Gesichter und Motivationen hinter der politischen Bildungsarbeit sichtbar zu machen. Im Laufe der Zeit kamen so rund 160 starke Statements zusammen.

Übrigens: Eine Beteiligung ist weiterhin möglich ...



Hier geht es zur Demokratiestärker*innen-Kampagne:



Zentrale Arbeit: Zentralstellenarbeit

Als Zentralstelle ist die AKSB-Geschäftsstelle das Verbindungsglied zwischen den Mitgliedern und den Fördergebern. Sie sorgt dafür, dass die geplanten Fördersummen sinnvoll eingesetzt werden, stellt sicher, dass die Fördervorgaben eingehalten werden und die Fördergeber von Erfolgen und Herausforderungen der Bildungseinrichtungen wissen. Dafür verfolgt die AKSB mehrere Ansätze: Mit Mailings, Telefonaten und persönlichen Beratungen, und vor allem mit Schulungen, der Verwaltungsfachtagung und der Kooperationskonferenz.

Digital und wiederkehrend: Schulungen zur Qualitätssicherung

Auch wenn Mitarbeiter*innen in den Bildungseinrichtungen schon seit Jahren in den Förderbereichen tätig sind, müssen sie doch immer wieder über Änderungen auf dem Laufenden gehalten werden.

Das gilt erst recht für all jene, die gerade erst beginnen, Fördermittel für politische Bildungsangebote zu beantragen. Von Voranträgen über Anträge und Nachweise müssen mehrere Schritte sorgfältig befolgt werden, die je nach Fördergeber unterschiedlich sind. Das beste Bildungsangebot nutzt nichts ohne sorgfältige Sachbearbeitung. Was äußerst verständlich ist: Bei den unzähligen jährlichen Bildungsangeboten müssen die Fördergeber vergleichbar die jeweilige Qualität nachvollziehen können.

Um sicherzustellen, dass die hohe Qualität der Veranstaltungen erhalten bleibt, alle Vorgaben bekannt sind und die Zuständigen sie möglichst reibungs-

los umsetzen können, bietet die AKSB regelmäßig Schulungen an. Diese Online-Veranstaltungen umfassen inhaltliche und finanzielle Aspekte zu den Kriterien der verschiedenen Fördergeber, schulen die Erstellung von Sachberichten und den Umgang mit der AKSB-eigenen Datenbank ONZUMA. Diese Datenbank hat die AKSB vor einigen Jahren entwickeln lassen, um darüber zentral und möglichst unkompliziert die finanziellen Zuwendungen zu verwalten.

Zusätzlich richtet die AKSB den *Grundkurs politische Bildung* aus, um die Qualitätsstandards in der Bildungsarbeit zu sichern. Er vermittelt den Teilnehmer*innen Grundkompetenzen und Hintergrundwissen für die politische Bildungsarbeit und stellt eine breite Palette an didaktischen Methoden vor. Mit diesem modularen Curriculum hat die AKSB als erste bundesweite Organisation ein wiederkehrendes Qualifizierungsformat geschaffen, das zentrale Grundkompetenzen politischer Bildungsarbeit als Standard definiert und systematisch vermittelt.

Mehr Informationen zu den Förderbereichen und Fortbildungen gibt es hier:





Teilnehmerinnen der Verwaltungsfachtagung während einer Gruppenarbeit an der *Modulbox Antisemitismus* in der AKSB-Geschäftsstelle.

Verwaltungsfachtagung

Die Verwaltungsfachtagung richtet sich an all jene, die in den Bildungshäusern der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit der Abwicklung der Fördermaßnahmen in den Förderprogrammen KJP, bpb und FEB betraut sind. Häufig sind das Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung, ebenso auch Referent*innen für politische Bildung. Ausgerichtet wird die Tagung von der Akademie Klausenhof (Hamminkeln) in Kooperation mit der AKSB.

2025 fand das Format in der Zeit vom 6. bis 8. Mai 2025 im Tagungshaus des CJD (Christliches Jugenddorfwerk Deutschland) in Bonn statt.

Im Zentrum standen aktuelle Herausforderungen der Verwaltung im Bildungsbereich:

Über gesetzliche Änderungen zu E-Rechnungen, den Status freiberuflicher Lehrkräfte und umsatzsteuerrechtliche Entwicklungen für Bildungseinrichtungen informierte Andrea Heim, Geschäftsführerin der Katholischen Erwachsenenbildung in Deutschland (KEB). Die Kolleg*innen aus der AKSB-Geschäftsstelle gaben praxisorientierte Einblicke in die Förderprogramme bpb, KJP und FEB. Wie so oft steckt auch hier

der Teufel im Detail – die Teilnehmenden erhielten daher viele wertvolle Hinweise für die Antragstellung und Mittelverwendung.

Ebenso wichtig und daher immer auch Teil der Tagungen: Soft Skills. Und so befasste sich ein weiterer Block mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und wertschätzendem Umgang.

Dazu stellten die Kolleg*innen aus der AKSB-Geschäftsstelle das Projekt *Reden wir Tacheles* (s. S. 30) vor und zeigten im Basismodul „Stark machen gegen Antisemitismus“ konkrete Handlungsmöglichkeiten.

Abschließend wurden die Teilnehmer*innen im Workshop „Respekt zahlt sich aus: Politisch korrekt im Job“ für diskriminierungsfreies Verhalten im beruflichen Alltag sensibilisiert.

Positiv fiel das Resümee der Tagung aus: Die Verwaltungsfachtagung bot vielfältige Impulse und förderte den fachlichen Austausch.



Kooperationskonferenz: Gemeinsame Lösungen in herausfordernden Zeiten

Ziel der jährlich stattfindenden Kooperationskonferenz ist es, den Bildungsreferent*innen und Fachkräften aus den 60 Mitgliedseinrichtungen eine Plattform zum fachlichen Austausch sowie der strategischen Weiterentwicklung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zu bieten. Mit über 70 Teilnehmenden fand am 12. Juni 2025 die Kooperationskonferenz (KoKo) im Maternushaus in Köln statt.

Auch in diesem Jahr hat sich ein Konzept bewährt, das auf drei Säulen aufbaut und sich durch die KoKo zieht:

- ✦ Diskussion der AKSB-Leitlinien,
- ✦ Analyse aktueller Herausforderungen in der politischen Bildungsarbeit,
- ✦ Entwicklung innovativer Ansätze für die Praxis.

Gelungene Kooperationen

Seit 1998 hat die AKSB ihre Leitlinien in einer Konvention festgeschrieben, die im Jahr 2025 überarbeitet wurde (s. S. 8). Die Aktualisierung fand unter aktiver Beteiligung der AKSB-Mitglieder statt – Kooperation at its best.

Ein weiteres Beispiel für eine ausgesprochen gute Kooperation innerhalb der AKSB war die Veranstaltung „Kirche und koloniales Erbe“, die gemeinsam von den Akademien der Bistümer Aachen, Dresden-Meißen, Hildesheim, Mainz und Münster ausgerichtet wurde. Die bundesweite Vernetzung ist ein wichtiges Ziel der AKSB – naheliegend, dass dieses Musterbeispiel gelungener Zusammenarbeit auf der Konferenz vorgestellt wurde.

Etablierte Inhalte

Fester Bestandteil der KoKo ist inzwischen das Onboarding-Format *AKSB-kompakt*, das neue Mitarbeiter*innen in die AKSB-Welt einführt. Neben den Berichten aus der Schwerpunkt- und der Geschäftsstellenarbeit ist auch der Austausch mit den Fördergeber*innen mittlerweile nicht mehr von der KoKo wegzudenken. Im Format eines „World Cafés“ erhielten die Fördergeber*innen einen direkten Einblick in die

Bedarfe der AKSB-Mitglieder. Gleichzeitig konnten die Teilnehmenden ihre Anliegen platzieren und in den direkten Austausch treten.

Aktuelle Themen aufgreifen

Um die Veranstaltung eng an den Bedarfen der Teilnehmenden auszurichten, führte die AKSB-Geschäftsstelle vorab eine digitale Umfrage zu aktuellen Herausforderungen in der politischen Bildungsarbeit durch. Die Themenwünsche bildeten die Grundlage für drei Workshops, in denen Herausforderungen intensiv diskutiert und Lösungsansätze erarbeitet wurden:

- ✦ „Umgang mit Kostensteigerungen und mangelnden Ressourcen“.

Mögliche Lösungen: Teilnehmendenbeiträge vorsichtig anpassen, verschiedene Förderquellen kombinieren, Mehrwert kommunizieren, Kosten reduzieren, Geschäftsbereiche diversifizieren.
- ✦ „Zunehmende Polarisierung und Extremismus digital und analog: Umgang mit mangelnder Diskursfähigkeit und Demokratiebewusstsein“.

Mögliche Lösungen: Netzwerk ausbauen, Expert*innensammlungen erstellen, Flexibilität in Prozessen, niedrigschwellige Rahmenbedingungen schaffen, Bezugspersonen mitdenken.
- ✦ „Neue Zielgruppen: Geeignete und ansprechende Formate zur Erreichung bildungsferner und diskriminierter Zielgruppen“.

Mögliche Lösungen: Grenzen des Sagbaren festlegen, verbindliche Gruppenregeln bestimmen, Referent*innen stärken, Ambiguitätstoleranz fördern und menschenfeindliche Positionen klar benennen.

Trotz der thematischen Vielfalt und der knappen Zeit fühlten sich die Teilnehmenden gut begleitet und fachlich unterstützt. Vielleicht ist es gerade die Vielseitigkeit und der Kooperationsgedanke, die das besondere Flair der Veranstaltung ausmachen.



Internationale politische Bildung: Zukunftsweisend und wirksam

Die AKSB macht sich stark für den internationalen Jugendaustausch, die konkrete Umsetzung obliegt unseren Mitgliedseinrichtungen. Sie füllen die Angebote mit Leben und leisten einen wichtigen Beitrag zur persönlichen und sozialen Entwicklung von jungen Menschen.

Internationale Jugendbegegnungen fördern Perspektivwechsel, stärken Selbstbewusstsein, Teamfähigkeit, Motivation und ermöglichen einen direkten Austausch über Ländergrenzen hinweg. Ein praktisches Beispiel hierfür liefert die deutsch-polnische Jugendbegegnung im Herbst 2025 an der Akademie am Tönsberg (Oerlinghausen). Im Rahmen des Planspiels „Krapowa“ lernten die Teilnehmenden gemeinsam, Verantwortung zu übernehmen und Politik in Hinblick auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit zu gestalten. Gleichzeitig verbesserten alle Beteiligten ihre Englischkenntnisse und lernten andere Perspektiven kennen.

Im Mittelpunkt aller internationalen Jugendbegegnungen steht immer die Begegnung an sich. Das braucht Zeit, darum werden die meisten Projekte in Form einer Hin- und Rückbegegnung durchgeführt. Dadurch lernen sich die Teilnehmenden intensiv kennen, schärfen ihren Blick über den Tellerrand, verlassen dabei ihre eigene Komfortzone und überwinden ihre sozialen und kulturellen Unterschiede. Diese Erfahrungen prägen die Menschen oft noch über viele Jahre und wirken sich auf ihre Zukunft aus, beispielsweise im weiteren Engagement oder bei der Berufswahl.

Weiterbilden mit „Global Insights“

Ein wichtiger Pfeiler der internationalen politischen Bildung der AKSB sind Weiterbildungsangebote für Akteur*innen der politischen Bildung und weitere Interessierte: So richtete die AKSB im Rahmen des durch die FEB geförderten Projekts *Endspurt 2030* die Online-Fortbildungsreihe „Global Insights – Aktuelle Herausforderungen & innovative Ansätze für entwicklungspolitische Bildung“ aus. Hier wurden zentrale Themen der globalen Entwicklungsagenda vertieft diskutiert, so etwa die feministische Entwicklungspolitik, Strategien zur Bekämpfung von Hunger und globaler Ungleichheit sowie Konzepte für sozial gerechtere Transformationsprozesse. Mit unseren Kooperationspartnern FEMNET, Misereor und dem Global Policy Forum Europe konnten wir

dabei auf das Fachwissen von Bildungsreferent*innen und Projektleiter*innen zurückgreifen, eindrucksvolle Beispiele kennenlernen und Ideen für weitere Projektformate generieren. Das Angebot richtete sich an Bildungsreferent*innen der am Projekt *Endspurt 2023* beteiligten Mitgliedseinrichtungen sowie an die breite Öffentlichkeit.

Verbindungen schaffen über die AKSB hinaus

Das Team Internationales vernetzt sich auch über die AKSB hinaus. Seit Jahren besteht eine Zusammenarbeit zwischen der AKSB und dem Jugendhaus Düsseldorf, in deren Rahmen jährlich gemeinsame Fachtagungen zum deutsch-polnischen Austausch stattfinden. Die Kooperation erhöht den Wirkungsradius und erleichtert die intensive Vorbereitung von internationalen Maßnahmen.

Seit Juni 2025 finden regelmäßige Quartals-Online-Treffen unter den GEMINI-Trägern zur internationalen politischen Bildung statt. Der Austausch dient



Unterwegs im Namen der Vernetzung: Gemeinsam mit weiteren Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe nahm Martina Cessan (AKSB-Referentin internationale politische Bildung, vorne links) an einem „Study Visit“ nach Großbritannien zur (inter)nationalen Jugendarbeit im Vereinigten Königreich teil.

Über diesen QR-Code geht es direkt
zur Internationalen politischen Bildung auf aksb.de:



Straßburg: Hier fand unter anderem der Kongress „Democracy in Action – Youth Work Matters“ statt.

der gemeinsamen Interessenvertretung sowie dem Informationsaustausch und soll perspektivisch Kooperationsprojekte, wie etwa gemeinsame Fachtagungen, hervorbringen.

Als Entsandte des bap vertritt Martina Cessan (AKSB-Referentin internationale politische Bildung) mittlerweile in verschiedenen Gremien zur internationalen Jugendarbeit die Interessen der GEMINI. So ist sie seit Januar 2025 Mitglied des deutsch-tschechischen Jugendrats und von Januar 2026 an Mitglied des deutsch-polnischen Jugendrats – neben der Vertretung in der AG Richtlinien des DPJW damit das zweite Gremium im deutsch-polnischen Kontext. Diese Netzwerke kommen auch der politischen Bildungsarbeit innerhalb der AKSB zugute. Bei der Fachstelle für internationale Jugendarbeit – kurz IJAB – ist die AKSB eine strategische Partnerin und engagiert sich im Vorstand. Die AKSB wirkte bei der Konzeption und Durchführung des Kongresses „Democracy in Action – Youth Work Matters“ mit, der im Dezember 2025 in Straßburg stattfand. An dem Kongress nahmen Vertreter*innen aus 28 Ländern teil, tauschten ihre Erfahrungen aus, ordneten die aktuelle demokratische Lage ein und entwickelten gemeinsam Impulse für die Stärkung demokratischer Räume in Europa und weltweit. Die wichtigsten Erkenntnisse wurden in einer Dokumentation zusammengetragen und stehen auf der AKSB-Webseite (s. QR-Code) bereit.

Beratung für internationale Programme

Internationale Jugendarbeit und Erwachsenenbildung sind wichtige Beiträge, um weltweit Partizipation und das Demokratieverständnis zu stärken – wie das Beispiel der deutsch-polnischen Gruppe am Anfang dieses Textes zeigt. Die Basis für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist ein gemeinsames Werteverständnis. Dies ist kein Selbstläufer, es braucht Zeit, Ressourcen und Räume für Interaktion. Der AKSB ist es ein Anliegen, die Aktivitäten in der internationalen politischen Bildung zu steigern, neue Pfade aufzuzeigen und die Mitglieder bestmöglich auf diesem Weg zu begleiten.

Die von der AKSB geförderten internationalen Begegnungen finden derzeit im Rahmen des Förderprogramms KJP international und dem deutsch-polnischen Jugendwerk (DPJW) statt. Über weitere Förderprogramme, wie das deutsch-griechische, deutsch-israelische und deutsch-tschechische Jugendwerk, informiert die aksb.de-Unterseite *Internationale politische Bildung*, die 2025 eine neue Struktur erhalten hat.

Hier finden sich zudem Termine zu Infoveranstaltungen über die verschiedenen Förderprogramme. Denn das Team Internationales der AKSB kennt die Herausforderungen und Hürden, die mit der Planung einer internationalen Jugendbegegnung verbunden sind und möchte dahingehend umfassend und bedarfsgerecht unterstützen. Es finden sowohl Einzel- als auch Gruppenberatungsangebote statt.

Zwischen Anerkennung, Anfeindung und algorithmischer Öffentlichkeit

Dreiviertel der Deutschen fühlen sich sicher, gut die Hälfte vertraut der NATO – und doch fehlt vielen Menschen in Deutschland Grundwissen zu sicherheitspolitischen Themen. Die Fachkonferenz „Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, katholische Militär- und Polizeiseelsorge“ wagte den Spagat zwischen Vertrauen und Wissen, Informationsvermittlung und Sozialen Medien.

Gemeinsam mit der Katholischen Akademie des Bistums Fulda richtete die AKSB am 15. September 2025 die Fachkonferenz zum Thema „Vertrauen in Uniform: Zwischen Vertrauen, Feindbild und Social Media“ in Fulda aus. Vor dem Hintergrund gezielter Falschmeldungen im Netz und steigender Erwartungen an die digitale Kommunikation staatlicher Stellen fragte die Tagung: Wie entsteht Vertrauen in sicherheitsrelevante Institutionen – und wie verändert das Netz diese Prozesse?

Zahlen und Fakten als Basis

Als Auftakt stellte Stefano Canfora, Hauptmann und Jugendoffizier der Bundeswehr, Ergebnisse des „NATO Annual Tracking Research 2024“ zur sicherheitspolitischen Wahrnehmung und zum Vertrauen der Zivilgesellschaft in das übergeordnete Sicherheitsbündnis NATO vor. Demnach fühlen sich Dreiviertel der befragten Deutschen sicher, aber nur jeder Fünfte vertraut der NATO. Gleichzeitig bestehen erhebliche Wissenslücken, insbesondere bei jungen Menschen. So weiß rund ein Fünftel der 18- bis 24-Jährigen nicht, dass Deutschland Mitglied der NATO ist. Canfora betonte, dass diese Befunde weniger auf grundsätzliche Ablehnung als vielmehr auf fehlende politische Einordnung hindeuteten.

Öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr

Canfora belegte, dass insbesondere junge Menschen die Bundeswehr verstärkt in Internetbeiträgen wahrnehmen. Nachrichten verfolgt der Großteil weiterhin überwiegend über das Fernsehen, Informationen beziehen 18- bis 34-Jährige aber insbesondere über Instagram, TikTok und YouTube. Printmedien spielen für rund ein Drittel der Bevölkerung keine Rolle mehr. Diese fragmentierten Informationswege erschweren es, sicherheits- und verteidigungspolitische Themen differenziert zu vermitteln.

Fokus: Social Media

Die weiteren Beiträge der Fachkonferenz machten die Sozialen Medien als konflikthafte Kommunikationsraum sichtbar. Dort wirkt Aufmerksamkeit häufig stärker als fundierte Einordnung.

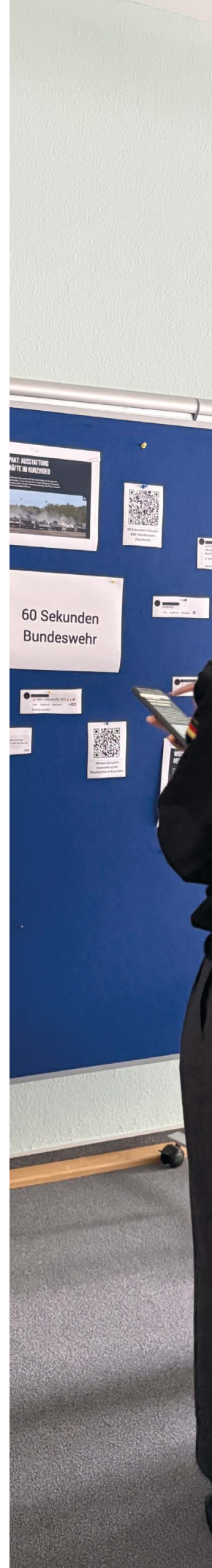
Konkret wurde es in einem Gallery Walk. Hier zeigte sich, welche Formate gut oder schlecht wirken. Dabei analysierten die Teilnehmenden einzelne Social-Media-Auftritte von Polizei und Bundeswehr, darunter „Cop-Influencer“ in Hessen und die Kampagne „It's a dress not a yes“ zur Prävention sexualisierter Übergriffe.

Besonders das Format „Bundeswehr Explorers“ wurde kritisch diskutiert, da es ein stark romantisierendes und männlich dominiertes Bild von Kameradschaft und Abenteuer vermittelt – mit hoher Reichweite, aber auch mit Ausschlüssen.

Spagat meistern lernen

In der Arbeit mit Dr. Meik Nowak, Experte für Extremismus und politische Kommunikation, traten Spannungen deutlich hervor: zwischen Informationsauftrag und Aufmerksamkeitslogik, zwischen internen Regeln und Kommunikation, die ständige Sichtbarkeit anstrebt, sowie zwischen Transparenzanspruch und realen Bedrohungen für öffentlich Auftretende. Klassische Organisationslogiken greifen auf Social Media nur begrenzt; Misskommunikation kann Vertrauen in staatliche Institutionen nachhaltig erschüttern. Die Frage nach der Verantwortung im Umgang mit Fake News blieb bewusst offen.

Am Ende stand die gemeinsame Erkenntnis: Vertrauen ist kein Zustand, sondern ein fortlaufender Aushandlungsprozess.



Gefangen im Netz der Desinformation

Wie mit Fake News und gezielt gestreuter Unsicherheit umgehen? Diese Frage zieht sich nicht nur durch die politische Bildungsarbeit. Die Tagungsreihe *mepodi – Medienbildung politisch und digital* suchte in diesem Jahr nach Wegen, um dem wachsenden Vertrauensverlust in Medien und Informationen entgegenzuwirken.

Passenderweise lautete der Titel der Kooperationsveranstaltung der AKSB, der Medienanstalt Hessen und der Katholischen Akademie des Bistums Fulda am 16. September 2025: „Gefangen im Netz der Desinformation: Wege zur Aufklärung und effektive Handlungsstrategien“. Die Tagung thematisierte, wie politische und medienpädagogische Bildung zur Stärkung der Informationskompetenz beitragen können – insbesondere im Kontext demokratischer Prozesse.

Geizhalse und Prothesen

Das Problem der Desinformation fasste Prof. Dr. Murad Erdemir, Direktor der Medienanstalt Hessen, wie folgt zusammen: „Desinformation entfaltet ihre Wirkung nicht nur durch falsche Inhalte, sondern auch durch die Schaffung allgemeiner Unsicherheit und individueller Überforderung“. Das Ziel liegt – zumindest bei einigen Akteuren – darin, das freiheitlich-demokratische System zu destabilisieren. Prof. Dr. Roman Poseck (Hessischer Minister des Inneren, für Sicherheit und Heimatschutz) machte dies am Beispiel Russlands deut-

lich: Im Angriffskrieg auf die Ukraine gehe es Putin auch darum, eine Ausbreitung von Demokratie zu verhindern. Diese internationale Auseinandersetzung habe Auswirkungen auf Deutschland und die hiesige Diskussionskultur.

Warum Medien überhaupt so stark Einfluss nehmen können, erklärte Prof. Dr. Lutz M. Hagen (Institut für Kommunikationswissenschaft der TU Dresden). Er stellte das Psychologie-Konzept des Menschen als „kognitivem Geizhals“ vor, dem Medien als Prothesen dienen und Denkarbeit abnehmen könnten. Damit kann ein Medium Macht über Einstellungen erhalten und manipulierend wirken.

Kurze Wege und langfristige Strategien

Was aber tun? Die Tagung ermöglichte den Austausch über Strategien und Angebote der Aufklärung, Formen der Desinformationsbekämpfung und die Verantwortung aller Akteur*innen in der digitalen Öffentlichkeit. Eine ganz handfeste Lösung stellte Amy Kirchhoff (Landesschülersprecherin Sachsen) vor: Demnach soll eine Beschwerdestelle entstehen, bei der Schüler*innen direkt einen extremistischen Vorfall in ihrer Schule melden können. Bisher verlaufen viele Hinweise im Sande, da der Meldeweg sehr lang ist. Mit der geplanten Stelle könnten sich Jugendliche direkt an das Kultusministerium wenden.

Gunter Geiger, Direktor der Katholischen Akademie des Bistums Fulda, AKSB-Vorsitzender und Mitglied der Versammlung der Medienanstalt Hessen, fasste zusammen: „Es braucht langfristige Strategien, um dieser Entwicklung im Netz wirksam etwas entgegenzusetzen – und umfassende Angebote, die politische und medienpädagogische Bildung erfolgreich miteinander verknüpfen.“



Gastgeber*innen, Referierende und Podiumsteilnehmende der Fachtagung *mepodi* in Fulda.

Foto: Medienanstalt Hessen

Alle Beiträge stehen als Videomitschnitte über den QR-Code zur Verfügung.

AKSB-Jahrestagung: Erinnerungskultur(en) unter Druck

Zum 80. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs fanden 2025 zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. Jahrzehnte nach einem Verbrechen mag die Erinnerung verblassen – doch die Aufarbeitung und Lektionen aus der Vergangenheit müssen lebendig gehalten werden. Gerade bei solch singulären grausamen Verbrechen wie die des Nationalsozialismus. Angesichts wachsenden historischen Unwissens und steigender Desinformation befasste sich die AKSB-Jahrestagung mit Wegen des Erinnerns.

Am 17. und 18. November tagte die AKSB zum Thema „Erinnerungskultur(en) unter Druck – Perspektivwechsel in der (historisch-)politischen Bildung“ im Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) in Nürnberg. Als ehemalige „Stadt der Reichsparteitage“ während des Nationalsozialismus setzen viele Akteur*innen im heutigen Nürnberg alles daran, die historische Last in aktive Verantwortung zu wandeln. Das CPH nimmt dabei eine wesentliche Rolle ein und war damit der ideale Ort für die diesjährige Jahrestagung. Naheliegender, dass historische Orte der Stadt Nürnberg in die Tagung eingebunden wurden.

In Workshops für das Heute lernen

In einem einführenden Vortrag zur Vergangenheitsbewältigung nach 1945 und den Herausforderungen für die politische Bildung fasste Dr. Ulrike Schrader (Leiterin und Kuratorin der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal) die gemeinsamen Grundlagen zusammen. Auf dieser Basis arbeiteten die Teilnehmer*innen in vier Workshops an unterschiedlichen, praxisnahen Beispielen weiter:

- ✂ Umkämpftes Erinnern an rechten Terror am Beispiel Nürnbergs und der Region
Sarah Leuders (Universität Heidelberg) beleuchtete die Geschichte rechter Gewalt in und um Nürnberg nach 1945 und verdeutlichte am Beispiel eines antisemitischen Anschlags im Jahr 1980, wie umkämpft Erinnerungskultur ist. Eine wichtige Erkenntnis dieses Workshops lag darin, dass Erinnern ein langfristiger Prozess und ein ständiger Kampf um die Bedeutungszuweisung und Deutungshoheit ist.
- ✂ Katholizismus und Nationalsozialismus – Historische Diskurse und aktuelle Bezüge
Dr. Holger Arning (Universität Münster) hinterfragte, welche Strategien Vertreter*innen des Katholizismus verfolgten, um auf den Aufstieg der extremen Rechten zu reagieren. Dabei zeigte sich erneut die

Bedeutung der sogenannten Brandmauer gegen extreme Positionen.

- ✂ Extrem rechte Anfeindungen gegen Gedenkstätten, Erinnerungsarbeit und historisch-politische Bildung

Michael Sturm (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster) stellte die Narrative und Argumentationsstrategien extrem rechter Geschichtspolitik dar und suchte mit den Workshop-Teilnehmer*innen nach Positionen und Haltungen in Gedenkstätten. Die Ergebnisse: Langfristige Lösungen sind nötig, etwa in Form von Awareness-Konzepten. Das eigene Wertegerüst muss über Jahre deutlich werden. Und Stellungnahmen der Deutschen Bischofskonferenz, die AKSB-Konvention sowie Rückendeckung durch das Team und die Leitung vor Ort sind starke Stützen.

- ✂ Erinnerungskultur in Social Media – wie funktioniert sie für Jugendliche?

Andreas Menne (Medienkompetenzzentrum des Katholisch-Sozialen Instituts in Siegburg) zeigte reichweitenstarke Accounts auf TikTok. Das Fazit des Workshops: Sehr stark emotionalisierter Content mit verdichteter Erzählform zieht. Für die Arbeit der Bildungseinrichtungen könnte das bedeuten: Kurze Infos zur Erinnerungskultur, Stitch-Videos, geschlossene Kommentarspalten.

Aufsuchende Erinnerungsarbeit in der Praxis

Während am ersten Tag der Veranstaltung vor allem die eigene Bildungsarbeit im Mittelpunkt stand, konnten die Teilnehmer*innen am folgenden Tag selbst Erinnerungsarbeit erleben. Zwei Angebote griffen die NS-Vergangenheit Nürnbergs auf – eine Exkursion führte in das „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände“, eine weitere zum „Memorium Nürnberger Prozesse“. Dem Postkolonialismus widmete sich ein Critical Walk, der durch

die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland – Nürnberg e. V. organisiert wurde.

Der Dreiklang aus Erinnerung, Aufarbeitung und Einsatz für die Menschenrechte zeigte sich bei allen drei Angeboten immer wieder. Und gerade der postkoloniale Stadtrundgang – der unter anderem zur Straße der Menschenrechte führte – machte deutlich, wie Nürnberg aus der Vergangenheit lernt und das Heute prägt. Damit verkörpert die Stadt den Kern der Jahrestagung: Eine offene, kritische Aufarbeitung der Vergangenheit kann die Grundlage schaffen, um glaubwürdig und nachhaltig für Menschenrechte und demokratische Werte einzutreten.



Padlet: Zusammenfassung der Jahrestagung

Der QR-Code führt zu den wichtigsten Ergebnissen der Workshops und Exkursionen

Das ab 1933 konzipierte Reichsparteitagsgebäude gehört zu den bekanntesten Beispielen nationalsozialistischer Monumentalarchitektur und dient mittlerweile als historischer Lernort. Das insgesamt zwölf Quadratkilometer große Gelände ist bis heute ein Zeichen des Größenwahns der NS-Zeit. Foto: Andrea Rühmann

Bundesweite Zusammenarbeit – spannende Themen, packende Titel

Seit April 2022 sorgt die AKSB in vier Schwerpunkten für den bundesweiten fachlichen Austausch. Die Evaluation aus dem Jahr 2024 hat dem Konzept Erfolg attestiert, aber auch betont, dass die Schwerpunktarbeit mehr Sichtbarkeit braucht.

Die AKSB erhält eine Förderung aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) und übernimmt mit ihrer Geschäftsstelle neben Beratung, Vernetzung, Qualifizierung und Interessenvertretung auch eine Zentralstellenfunktion. Als Fachorganisation politischer Bildung organisiert die AKSB die bundesweite Zusammenarbeit (BZA) ihrer Mitgliedseinrichtungen. Sie verfolgt dabei das Ziel, den fachlichen Austausch, die gemeinsame Ergebnissicherung, Qualitäts- und Projektentwicklung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung bundesweit zu fördern. Damit leistet sie einen Beitrag zur bundesweiten Vernetzung und Nachhaltigkeit politischer Bildungsarbeit und entwickelt die Professionalität politischer Jugend- und Erwachsenenbildung weiter.

Diese bundesweite Zusammenarbeit der AKSB findet seit dem 1. April 2022 in festgelegten Schwerpunkten statt, die von Koordinierungs- und Schwerpunktstellen inhaltlich gestaltet werden. Zusätzlich sorgen die beiden Koordinierungsstellen der Fachdidaktik *DiDaSKo* (Der Titel setzt sich aus den Zielen zusammen: Divers, Dauerhaft, Subjektorientiert, Kooperativ) für methodischen Austausch und Innovationen in der bundesweiten Zusammenarbeit.

Die inhaltliche Arbeit war schon immer von hohem Niveau – die Außenwirkung der Schwerpunkte sollte dem nun gerecht werden. Im Herbst 2025 wurden daher zunächst die Titel der Schwerpunkte und der Fachdidaktik unter die Lupe genommen. Entstanden sind neue Titel, die klar zeigen, was wir tun und wofür wir stehen. Sie lassen genügend Raum für aktuelle Themen, die schwer zu verorten sind, treffen inhaltlich den Nerv und Bedarf unserer Zeit, haben einen aktivierenden Charakter und machen Lust auf politische Bildung. Sie sind kompakter, verständlicher und lassen sich über alle Kanäle hinweg leichter kommunizieren.

Der fachliche Austausch, an dem Vertreter*innen aus nahezu allen Mitgliedseinrichtungen teilnehmen, fand 2025 in zwei Schwerpunktkonferenzen statt: im Januar im Katholisch-Sozialen Institut (KSI) Siegburg, im September in der Akademie Klausenhof in Hamminkeln.

Die neuen Titel der BZA*:

Schwerpunkt I:

Sozial-ökologische Transformation

Neuer Titel: *Zukunft gestalten.*

Sozial-ökologische Transformation

Koordination: Robert Kläsener

Schwerpunkt II:

Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte

Neuer Titel: *Demokratie stärken.*

Jugendbeteiligung und Mitbestimmung

Koordination: Max Berger

Schwerpunkt III:

Sozialstaat und Arbeitswelt

Neuer Titel: *Solidarität entwickeln.*

Soziale Gerechtigkeit in Arbeit und Gesellschaft

Koordination: Kristina Hamm

Schwerpunkt IV:

Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung

Neuer Titel: *Vergangenheit verstehen.*

Perspektivenvielfalt und Erinnerungsarbeit.

Koordination: Frieda Himstedt

Fachdidaktik:

DiDaSKo

Neuer Titel: *Methoden mit Wirkung.*

Didaktik-Werkstatt

Koordination: Jonas Kühn, Rebecca Blasek

Hier geht es zu
den Schwerpunkten:



* gültig ab 1. Januar 2026

Durch sozial-ökologische Transformation die Zukunft gestalten

Die sozial-ökologische Transformation ist in der AKSB nicht nur Bildungsthema, sondern auch gelebte Praxis. 2025 hat der Schwerpunkt dafür zentrale Instrumente weiterentwickelt: Der erstmals ausgewertete Kriterienkatalog zum Whole-Institution-Approach zeigt Fortschritte in den Mitgliedseinrichtungen, eine geplante Toolbox soll die Umsetzung weiter unterstützen. Tagungen und Studien lieferten neue Impulse für die Bildungsarbeit zu Ernährung, Landnutzung und globaler Verantwortung.

Während die sozial-ökologische Transformation noch den Bundestagswahlkampf 2021 entscheidend prägte, spielte sie im Bundestagswahlkampf 2025 nur noch eine Nebenrolle. Medial und gesellschaftlich steht das Thema aktuell nicht mehr im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die AKSB hält aber weiterhin an diesem Schwerpunkt als einem strategischen Ziel ihrer Arbeit fest. Die sozial-ökologische Transformation ist für sie eine zentrale Herausforderung, um die Zukunft zu gestalten. Dieses Anliegen spiegelt sich im neuen Namen des Schwerpunkts *Zukunft gestalten: sozial-ökologische Transformation* ab dem 1. Januar 2026 wider.

Die Schwerpunktkonferenz vom 27. und 28. Januar 2025 im Katholisch-Sozialen Institut in Siegburg befasste sich mit Fragen zukünftiger Ernährung und Landnutzung. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die aktuelle Studie „Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung“ des Sachverständigenrats „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz. Daraus ergaben sich viele Informationen, mit denen die Bildungsarbeit untermauert werden kann.

Anlässlich der zehnjährigen Jubiläen der Sozialenzyklika *Laudato Si*, der Agenda 2030 (SDGs) und des Pariser Klimaabkommens fand vom 3. bis 5. September 2025 eine Fachtagung unter Mitwirkung des Schwerpunkts *Sozial-ökologische Transformation* im Haus Wasserburg statt. Die Tagung diskutierte die Bedeutung und den Einfluss der drei Dokumente aus dem Jahr 2015 im Prozess der globalen Transformation. Eine wesentliche Erkenntnis daraus: Der ökologische Handabdruck muss stärker als der Fußabdruck bedacht werden. Daher hat der Schwerpunkt beschlossen, eine begleitende Toolbox zum Kriterienkatalog des Whole-Institution-Approaches zu entwickeln.

Die Mitgliederversammlung der AKSB hat 2024 als erster Dachverband der politischen Bildung mit

dem Kriterienkatalog zum Whole-Institution-Approach ein zweijähriges verpflichtendes Monitoring für die Mitgliedseinrichtungen verabschiedet. Zur Mitgliederversammlung 2025 hat der Schwerpunkt die erhobenen Daten ausgewertet. Die Leitfrage war dabei, wie die sozial-ökologische Transformation innerhalb der AKSB und in den einzelnen Mitgliedseinrichtungen umgesetzt wird. Es zeigte sich, dass die beteiligten Mitgliedseinrichtungen dem ganzheitlichen Anspruch des Whole-Institution-Approaches an vielen Stellen gerecht werden. So haben 60 Prozent der beteiligten Mitgliedseinrichtungen der AKSB sozial-ökologische Nachhaltigkeit bereits in ihrem Leitbild verankert. Weitere 25 Prozent planen die Verankerung in ihrem Leitbild.

Ein Element des Kriterienkatalogs zum Whole-Institution-Approach in der AKSB war die öffentlichkeitswirksame Sensibilisierung für die sozial-ökologische Transformation. Dazu hat der Schwerpunkt in der Woche vor dem deutschen Erdüberlastungstag am 3. Mai 2025 mit mehreren aufeinander abgestimmten Social-Media-Beiträgen auf den deutschen Erdüberlastungstag aufmerksam gemacht, um Verständnis zu fördern und zum Handeln zu ermutigen.

Der Erdüberlastungstag verdeutlicht, dass die Menschheit gegenwärtig mehr Ressourcen verbraucht, als die Erde regenerieren kann. Auch 2026 wird der Schwerpunkt wieder eine Aktion zum deutschen Erdüberlastungstag am 10. Mai 2026 starten. Der Schwerpunkt ruft auf, sich daran zu beteiligen, um zukünftig ressourcengerecht und nicht weiterhin auf Kosten und zu Lasten anderer zu leben.

Erdüberlastungstag
Nähere Information unter:



Demokratieverständnisse – Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte

Wer politische Wissenschaften studiert hat, kennt die Theorie. Spätestens im praktischen Austausch zeigt sich, dass es nicht die eine Demokratie gibt. Schwerpunkt II arbeitete 2025 intensiv heraus, für welche Formen der Demokratie die AKSB sich einsetzt. Transferarbeit von der Theorie in die Bildungspraxis in Bestform.

Das Jahr 2025 war für den AKSB-Schwerpunkt *Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte* geprägt von einer gründlichen Standortbestimmung. Unter dem Titel „Quo vadis, politische Bildung?“ tauschten sich die Schwerpunkt-Mitglieder bei ihrer ersten Konferenz im Januar über ihren aktuellen Kurs aus und stellten gegenseitig ihre Angebote, Themen, Kooperationen und festgestellten Veränderungen der zurückliegenden Jahre vor. Dadurch wurde allen bewusst, wie breit der Schwerpunkt inhaltlich aufgestellt ist: Thematisch werden durch die Vielfalt der Standorte diverse Themen wie Demokratie, Partizipation, Medienbildung, sexuelle Vielfalt, Migration & Integration, internationale Beziehungen, Menschenrechte, christlich-solidarisches Handeln und viele mehr behandelt.

Auf der ersten Schwerpunktkonferenz im Jahr 2025 beschlossen die Schwerpunkt-Mitglieder, dass sie sich zwischen den Konferenzen zu vorbereitenden digitalen Workshops treffen und dass das übergreifende Thema des Jahres „Demokratieverständnisse“ lauten solle.

Personell veränderte sich der Schwerpunkt 2025 ähnlich stark wie im Jahr zuvor. Zu Jahresbeginn übernahm Max Berger (Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen) die Koordination des Schwerpunktes. Ab Mai unterstützte Rebecca Blasek (Franziskanisches Bildungswerk, Großkrotzenburg) das Schwerpunkt-Team und brachte sich tatkräftig ein. Durch Ihre Doppelrolle (sie wirkt auch in der *DiDaS-Ko* mit) konnte sie den Schwerpunkt vor allem im Bereich der Methoden stärken. Im September ging Jan Leffers (Marshall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen, Sögel) in Elternzeit, ihn vertritt seitdem Pia Albers. Trotz der personellen Veränderungen konnte der Schwerpunkt kontinuierlich gut an seinen Aufgaben arbeiten.

Im Juli wurde mit dem ersten digitalen Workshop zwischen zwei Schwerpunkt-Konferenzen der Beschluss vom Januar in die Tat umgesetzt. Unter dem Titel „Wofür kämpfen? Demokratieverständnisse in der AKSB“ setzten sich die Mitglieder mit

ihrem Verständnis und verschiedenen Definitionen von sowie mit aktuellen Gefahren für die Demokratie auseinander. Es zeigte sich, dass es keine unumstrittene Definition des Begriffes und diverse „normative Ausprägungen“ der Demokratie gibt (etwa liberale Demokratie, soziale Demokratie usw.). Kern des Austausches war die Frage, für welche Art von Demokratie die politischen Bildner*innen der AKSB sich einsetzen. Klar wurde, dass die AKSB-Angebote Demokratie stets multiperspektivisch denken.

In der zweiten Schwerpunktkonferenz 2025 begannen die Mitglieder damit, einen Text zum Demokratieverständnis des Schwerpunktes auszuarbeiten und analysierten, wie und ob sich in den von ihnen eingesetzten Methoden und Seminaren unterschiedliche Demokratieverständnisse zeigen. Zusätzlich wurde das israelische Demokratie-Training „Betzavta“ (aus dem Hebräischen: „Miteinander“) diskutiert, welches mit dem Werk „Mehr als eine Demokratie“ sieben verschiedene Demokratieformen unterscheidet und entsprechend unterschiedliche Methoden erläutert. Auch die AKSB-Konvention wurde einbezogen: In ihr lassen sich einige Anregungen und Ausrichtungen der demokratiefördernden Arbeit der AKSB finden.

Die Verortung des Schwerpunktes beim Thema Demokratieverständnis(se) wird auf der AKSB-Webseite des Schwerpunktes aufgenommen. Im Rahmen der Neubenennung der AKSB-Schwerpunkte werden die dort stehenden Texte überarbeitet. Der Schwerpunkt trägt ab Januar 2026 den Titel *Demokratie stärken* – darin sehen wir unsere Aufgabe. Und über dieses Ziel immer wieder neu nachzudenken, ist eines unserer Kernanliegen.



Mitglieder des Schwerpunktes II beim Ausprobieren einer Betzavta-Methode.

Solidarität entwickeln – Soziale Gerechtigkeit als zentrales Thema

Für die Mitglieder des AKSB-Schwerpunkts *Arbeit und Soziales* ist schon lange klar: Soziale Gerechtigkeit ist kein Randthema. Sowohl die Bildungsarbeit als auch die Einrichtungen selbst müssen das Thema beherzt angehen. Dazu plant der Schwerpunkt einen praxisnahen Leitfaden.

Im Jahr 2025 rückte das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ im AKSB-Schwerpunkt *Arbeit und Soziales* in den Mittelpunkt der politischen Bildungsarbeit. Die Gründe liegen auf der Hand: Tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche, eine sich wandelnde Arbeitswelt, wachsende soziale Ungleichheit und zunehmende Herausforderungen für demokratische Teilhabe.

Inhaltlich legte der Schwerpunkt auf seinen Konferenzen das Augenmerk auf Armut in Deutschland. Als Grundlage dienten aktuelle Zahlen zur Armutsgefährdungsquote nach Altersgruppen, zur Armutsquote nach Alter und Geschlecht, regionalen Unterschieden zwischen Bundesländern, Städten und ländlichen Räumen sowie der SGB-II-Quote – also der Grundsicherung – bei Kindern in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets und Kreisen in Nordrhein-Westfalen. Die Daten machen deutlich, dass Armut ein strukturelles gesellschaftliches Problem ist, das eng mit Entwicklungen in der Arbeitswelt, Bildungszugängen und sozialstaatlichen Rahmenbedingungen verbunden ist.

Übertragen auf die eigene Arbeit befassten sich die Schwerpunktmitglieder damit, welche Rolle politische Bildung im Umgang mit Armut und sozialer Ungleichheit einnehmen kann. Dabei kristallisierten sich zwei Zugänge heraus:

Zum einen sind Bildungsangebote für und mit armutsbetroffenen Menschen nötig. Schnell wurde deutlich, dass solche Formate nur in Kooperation mit Beschäftigungsinitiativen oder anderen Organisationen mit direktem Zugang zur Zielgruppe gelingen können. Als besonders geeignet werden kleine, lebensnahe und dialogische Formate eingeschätzt. Politische Bildung

darf sich dabei ausdrücklich nicht als Hilfeleistung verstehen, sondern als Beitrag zur Mündigkeit und Selbstermächtigung der Teilnehmenden.

Zum anderen braucht es Seminare und Tagungen über das Thema Armut. Allerdings reicht reine Faktenvermittlung nicht. Wer Solidarität fördern möchte, muss emotionale Zugänge schaffen, Werteorientierung ansprechen und aktivierende Methoden einsetzen. Gespräche, Austausch und Interaktion wurden als zentrale Elemente einer wirksamen politischen Bildungsarbeit benannt.

Ein weiterer Diskussionspunkt betraf den Stellenwert sozialer Themen innerhalb der AKSB-Mitgliedseinrichtungen. Dabei zeigte sich: Fragen von Arbeit, Armut und sozialer Ungleichheit spielen bislang in der Bildungsarbeit eine Nebenrolle. Der künftige Schwerpunktname *Solidarität entwickeln*, der ab Januar 2026 gilt, bot daher Anlass zur Selbstreflexion der eigenen Praxis. Gleichzeitig stellte sich die Frage, wie weitere Einrichtungen für diese Themen gewonnen und stärker eingebunden werden können.

Als zentrales Ergebnis der Schwerpunktarbeit entstand die Idee eines praxisnahen Handlungsleitfadens. Dieser soll künftig allen Mitgliedseinrichtungen als Orientierung dienen und konkrete Anregungen zur Arbeit an sozialen Themen geben. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Rasters sollen gesellschaftliche Entwicklungen aufgegriffen, ethische Fragen bewusst reflektiert und die Leitprinzipien der AKSB in der Bildungsarbeit konkretisiert werden. Ziel ist es, die Auseinandersetzung mit Armut, Arbeit und sozialer Gerechtigkeit nachhaltig zu stärken und politische Bildung als Raum für Solidarität, Reflexion und Handlungsperspektiven weiterzuentwickeln.



Aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen

Auch wenn es immer wieder heißt, dass niemand in die Zukunft sehen könne – aus der Vergangenheit lassen sich durchaus Ableitungen für die Gegenwart und Zukunft herstellen. Das gilt für unzählige Themen. Der AKSB-Schwerpunkt *Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung* richtete sein Augenmerk 2025 unter anderem auf den Einfluss des Kolonialismus auf aktuelle Machtstrukturen.

Im Jahr 2025 kam neuer Wind in den Schwerpunkt *Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung*. Mit Carolin Wenzel von der Akademie am Tönsberg (Oerlinghausen) und Amelie Greefe von der Katholischen Akademie Hamburg wurden gleich zwei Schwerpunktstellen neu besetzt.

Von dieser personellen Veränderung profitierte der Schwerpunkt direkt auf seiner Konferenz im Januar. Dort beschrieb Carolin Wenzel ihre Arbeit zu Kinderraub und Kinderrechtsverbrechen unter anderem im Kontext des Nationalsozialismus und stellte die Ausstellung „Geraubt. Entwurzelt“ des Projekts „Uprooted. (Hi)Stories of Stolen Children During World War II“ der Kreisau-Initiative vor. Auf dieser Grundlage wurden unterschiedliche Ansätze für die historisch-politische Bildung besprochen. Ein weiteres Thema auf dieser Konferenz: „Multiperspektivische Erinnerungskulturen“. Gemeinsam spielten die Schwerpunktmitglieder das Escape Game „Rätselräume“ der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und besprachen das Potential des Spiels für die Bildungsarbeit in einer postmigrantischen Gesellschaft.

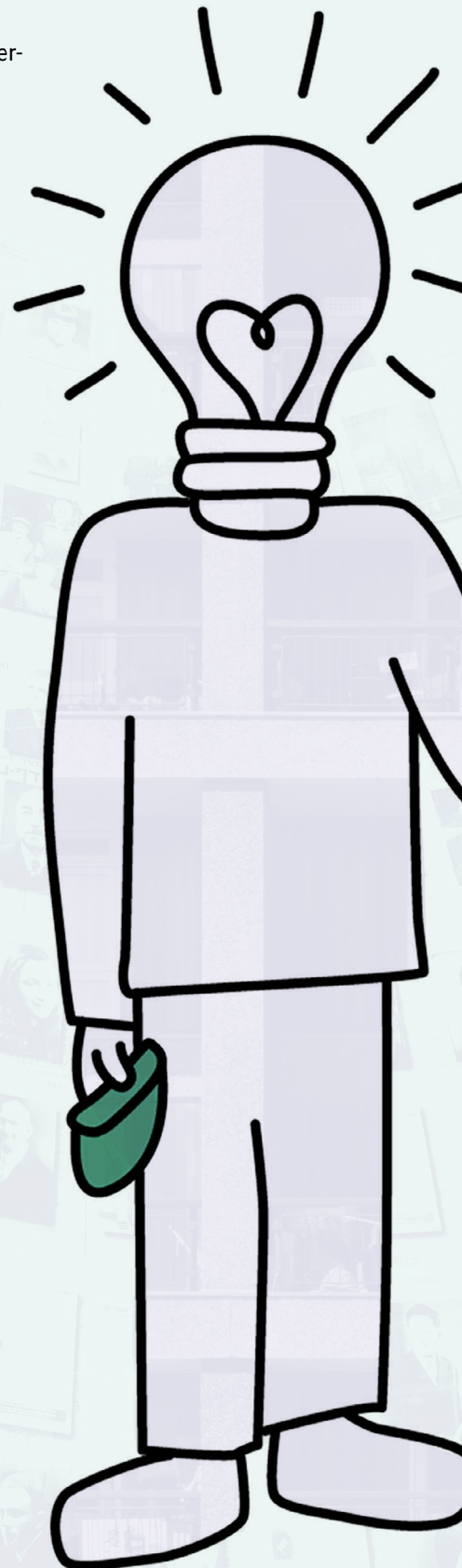
Die Arbeit des Schwerpunktes verfolgt stets das Ziel, auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, Fragen und Herausforderungen in der historisch-politischen Bildungsarbeit zu reagieren. Vor diesem Hintergrund stellt der Krieg in Gaza ebenfalls ein wichtiges Thema für den Schwerpunkt dar. Dazu stellte Damian Lazarek (Die Hegge, Willebaldessen) passende Methoden vor.

Auf der Schwerpunkt-Konferenz im September befasste sich der Schwerpunkt damit, ein Lernprodukt zum Thema Kolonialismus zu entwickeln. Denn um die heutigen Machtstrukturen zu verstehen, ist es zentral, sich mit dem Kolonialismus zu beschäftigen. Allerdings kommt das in der politischen Bildung noch zu kurz. Auf der Konferenz besprachen die Schwerpunktmitglieder, was ein Lernprodukt zu der Thematik (nicht) braucht. Diese Erkenntnisse nehmen die Stelleninhaberinnen in die Entwicklung mit.

Nicht zuletzt gestaltete der Schwerpunkt die Jahrestagung 2025 mit dem Titel „Erinnerungskultur(en) unter Druck – Perspektivwechsel in der (historisch-)politischen Bildung“ mit, brachte Themen ein und profitierte von den Diskussionen und Tagungsergebnissen. Die Teilnehmenden trugen unterschiedliche Wünsche an den Schwerpunkt heran, die in die Arbeit einfließen sollen. Dazu zählen unter anderem:

- ✘ neue Konzepte zur Arbeit mit Zeitzeug*innen,
- ✘ Beleuchtung der Erinnerungskultur in Social Media
- ✘ Thematisierung rechter Gewalt.

Die Ergebnisse stellt der Schwerpunkt dann wiederum der Mitgliedschaft zur Verfügung, um den Austausch und das gemeinsame Erarbeiten in der Arbeitsgemeinschaft zu stärken. Dazu passt der neue Schwerpunktname, der von Januar 2026 an gilt, perfekt: *Vergangenheit verstehen*.



Bei methodischen und didaktischen Fragen wenden Sie sich ...

... an den AKSB-Bereich *DiDaSKo* (von 2026 an: *Didaktik-Werkstatt – Methoden mit Wirkung*). Die Stelleninhaber*innen Jonas Kühn und Rebecca Blasek sind für AKSB-Mitglieder die Anlaufstelle bei methodischen und didaktischen Fragen, sie machen praxistaugliche Zugänge sichtbar und ermöglichen den kollegialen Fachaustausch.

Die *DiDaSKo* (Kurzform für die Ziele: Divers, Dauerhaft, Subjektorientiert, Kooperativ) ist auf mehreren Feldern aktiv. Beiträge zu den Konferenzen der bundesweiten Zusammenarbeit (BZA, s. S. 24) der AKSB lassen sich schon fast als Klassiker bezeichnen. Auf der Schwerpunktkonferenz im September 2025 geschah dies mit einer Methode zu vier ausgewählten Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, kurz SDGs).

Mittlerweile ebenfalls fest etabliert sind digitale Angebote für Vertreter*innen der AKSB und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS). Dabei erhalten die Mitarbeiter*innen der Jugendsozialarbeit Einblicke in die außerschulische Bildungsarbeit, so dass sie Inhalte und Leitfäden für die eigene Bildungsarbeit erstellen können. Dieser regelmäßige Austausch bewirkt, dass Angebote der politischen Bildung Zielgruppen erreichen, zu denen die BAG KJS einen besseren Zugang hat. Aus der Zusammenarbeit entstanden im Jahr 2025 zwei Kurzseminare. Ausgehend von Rückmeldungen aus vorherigen Veranstaltungen und aktueller Tagespolitik befasste sich ein Kurzseminar mit der Frage „Wie neutral darf Soziale Arbeit sein? Über den Mythos des Neutralitätsverbots“. Die zweite Veranstaltung – „Zwischen Alltag und Europa – Demokratiebildung europäischer Perspektiven in der Jugendsozialarbeit.“ – blickte über die deutschen Grenzen hinaus. Für 2026 ist eine Fortsetzung des Formats mit weiteren Themen vorgesehen.

Zu diesen Angeboten kam im Oktober 2024 das digitale Kurzformat *Eddie geht ein Licht auf* hinzu. Aufgrund der sehr positiven Rückmeldungen wurde die Reihe fest in das *DiDaSKo*-Angebot aufgenommen: Innerhalb einer Stunde geben Referent*innen dabei einen kompakten Impuls; anschließend werden Fragen, Einordnung und Transfermöglichkeiten diskutiert. Ziel des Kurzformats ist es, neue Methoden und Konzepte niedrigschwellig in den Arbeitsalltag zu überführen und Hemmschwellen bei der Anwendung zu senken. 2025 ging Eddie vier Mal ein Licht auf:

Die erste Veranstaltung drehte sich im Februar um „Gewinnung und Haltung von Honorarkräften in der außerschulischen Bildungsarbeit“. Michelle Marquart und Jan Leffers vom Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen (Sögel) stellten Strategien vor und gaben Tipps und Tricks, wie Referent*innen für die außerschulische politische Bildungsarbeit begeistert werden können.

Im April stand die Auseinandersetzung mit verbreiteten antisemitischen Stereotypen im Mittelpunkt. Als Werkzeug mit teils spielerischen Zugängen wurde die *Modulbox Antisemitismus* (entwickelt im AKSB-Projekt *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.*, s. S. 32) vorgestellt.

Ein weiterer Termin widmete sich dem Spannungsfeld „Neutralität oder Haltung“. In dieser Veranstaltung diskutierten die Teilnehmer*innen, warum Demokratiewerkarbeit nicht wertneutral sein kann und welche professionellen Leitplanken politische Bildner*innen tragen. Zwei essenzielle Erkenntnisse bildeten sich heraus:

- ✦ Selbst wenn man gegen Chancengleichheit verstößt, gibt es keine Verpflichtung, politische Positionen, die grundsätzlichen Werten der Verfassung widersprechen, formal gleich zu behandeln.
- ✦ Die AKSB formuliert bereits mit ihrem Claim *wertevoll politisch bilden*, dass sie sich den Werten der liberalen und sozialen Demokratie verpflichtet.

Die Ideale der sozialen Gerechtigkeit, der Bewahrung der Schöpfung und des Gemeinwohls leiten die Bildungsangebote.

In der vierten Veranstaltung im Oktober wurden zentrale Ergebnisse der AKSB-Tagung *mepodi* (s. S. 21) gebündelt und in Bezug auf die Praxis reflektiert – mit Blick darauf, wie Vertrauen, Resilienz und handlungsfähige Haltung unter verschärften Informationsbedingungen gestärkt werden können. Damit zeigte sich 2025: Eddie vermittelt nicht nur Methoden, sondern wirkt auch als Transfer- und Reflexionsraum für Grundsatzfragen, die didaktischen Entscheidungen vorgelagert sind.

Zwischen den Fronten: Bildung und Dialog vs. Antisemitismus

Seit April 2024 fördert die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) das AKSB-Projekt *Reden wir Tacheles! Anlaufstelle gegen Antisemitismus*, um Mitarbeiter*innen in den AKSB-Einrichtungen für versteckten Antisemitismus zu sensibilisieren und ihnen angemessene Handlungsoptionen zu vermitteln. Mit der Projektleitung in der AKSB-Geschäftsstelle wurde gleichzeitig eine Ansprechperson für Antisemitismusprävention verankert. Im Jahr 2026 endet das Projekt. Zeit für einen Rückblick.

„Dieser Workshop hat mir gezeigt, dass Bildung, Wissen und das Verständnis von Zusammenhängen helfen, Antisemitismus etwas entgegenzusetzen.“ Diese oder ähnliche Rückmeldungen stehen häufig am Ende der Workshops im Projekt *Reden wir Tacheles!*

Auch die digitalen Nachbefragungen der vergangenen zwei Jahre bestätigen zwei zentrale Erkenntnisse für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit.

schlicht mit Betrügereien. Tatsächlich aber stammt das Verb von „Mauschel“ – wiederum abgeleitet von „Mose“ – und wurde schon seit dem 17. Jahrhundert abschätzig für jüdische Händler, die als Hausierer umherzogen, verwendet.

Historisch lässt sich Antisemitismus vom frühchristlichen Antijudaismus bis zum modernen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts verfolgen, der im nationalsozialistischen Rassenwahn und der Schoah



TACHELES

Erkenntnis eins: Bildung ist unverzichtbar im Kampf gegen Antisemitismus

Antisemitische Denkmuster sind tief in der europäischen und deutschen Geschichte verankert und wirken bis heute fort – oft, ohne dass dies bewusst wahrgenommen wird. Sie zeigen sich in Sprache, Bildern und gesellschaftlichen Deutungen.

Ein Beispiel ist der weiterhin gebräuchliche Begriff „mauscheln“, der ursprünglich aus dem Jiddischen stammt und heute antisemitisch konnotiert ist. Viele Menschen verbinden „mauscheln“ nicht selten

seinen grausamen Höhepunkt fand. Der Mythos einer „Stunde null“ nach 1945, mit der die Vergangenheit wie auch der gesamte Antisemitismus überwunden worden sei, greift zu kurz: Antisemitische Einstellungen und Narrative wirken weiter, häufig in codierter Form. Dies zeigt sich etwa im sekundären Antisemitismus, der mit der Abwehr von Erinnerung an die NS-Zeit, Holocaust-Verharmlosung, Schlussstrich-Debatten und Zurückweisung einer heutigen Schuld nicht selten Täter-Opfer-Umkehr betreibt. Und es zeigt sich in israelbezogenem Antisemitismus.

Zur Anlaufstelle gegen Antisemitismus führt dieser QR-Code:



Erkenntnis zwei: Dialog braucht Differenzierung statt Schwarz-Weiß-Denken

Letzterer hat seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 deutlich zugenommen. Dabei werden politische Konflikte mit antisemitischen Bildern und Erzählungen vermischt. So werden etwa Gedenkorte für die ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden mit israelfeindlichen Parolen beschmiert. Der Staat Israel wird zum kollektiven Feindbild stilisiert und zugleich mit Jüdinnen und Juden weltweit gleichgesetzt.

Hinter diesen Erscheinungsformen stehen oft alte Verschwörungserzählungen in neuer Gestalt. Ein Beispiel ist die mittelalterliche Ritualmordlegende, dernach Juden christliche Kinder entführen und töten würden, um deren Blut für religiöse Rituale zu verwenden. Der Bezug darauf spiegelt sich heute in Parolen wie „Kindermörder Israel“ wider. Solche Kontinuitäten sichtbar zu machen, ist zentrale Aufgabe der Bildungsarbeit. Es gilt, antisemitische Narrative zu erkennen, ihre Ursprünge offenzulegen und Menschen zu befähigen, ihnen aktiv entgegenzutreten.

Dabei ist auch eine selbstkritische Perspektive notwendig, auch die vermeintlich nicht-antisemitische Mitte muss sich hinterfragen. Antisemitismus darf nicht einseitig bestimmten Gruppen zugeschrieben werden – denn nicht selten findet eine Verengung auf linken, rechten und muslimischen Antisemitismus statt. Gerade kirchliche Einrichtungen müssen eigene Traditionen und Räume reflektieren, antisemitische Darstellungen konsequent hinterfragen und einordnen.

Neben der Bedeutung von Bildung zeigt sich eine zweite Herausforderung: die Polarisierung gesellschaftlicher Debatten. Die deutsche Geschichte führt häufig zu dem Anspruch, heute moralisch eindeutig „auf der richtigen Seite“ stehen zu wollen. Dies begünstigt jedoch eine Zuspitzung komplexer Themen.

Insbesondere im Kontext des Nahostkonflikts entstehen verhärtete Lager, die kaum noch miteinander im Gespräch sind. Kritik an israelischer Politik kann dabei in antisemitische Positionen umschlagen, während umgekehrt berechtigte Kritik vorschnell delegitimiert wird. Diese Dynamik erschwert eine differenzierte Auseinandersetzung erheblich.

Lehren für die Bildungsarbeit

Für die Einrichtungen der AKSB ergibt sich daraus ein Spannungsfeld: Sie müssen klar Position gegen Antisemitismus beziehen und zugleich Räume offenhalten, in denen kontroverse Diskussionen möglich bleiben. Nicht jede Kritik an israelischer Politik ist antisemitisch – es kommt darauf an, differenziert zu unterscheiden.

Hier setzt das Projekt *Reden wir Tacheles!* an. Durch Workshops und pädagogische Beratung unterstützt es Fachkräfte dabei, Sicherheit im Umgang mit diesen komplexen Themen zu gewinnen und handlungsfähig zu bleiben.

Dank einer kostenneutralen Verlängerung läuft das Projekt noch bis zum 30. Juni 2026 unter der Leitung von Stefan Braun (AKSB-Geschäftsstelle, Bonn). Bei Unterstützungsbedarf steht er weiterhin als Ansprechpartner zur Verfügung.

Was bleibt? *RespACT* und die Spuren politischer Jugendbildung

Rund sieben Jahre lang hat das AKSB-Projekt *RespACT* Netzwerke aufgebaut, Räume geöffnet, Zugänge zu sonst schwierig zu erreichenden Jugendlichen geschaffen und Perspektiven erweitert. Projektarbeit par excellence. Zum Ende des Projekts im März 2026 stellt sich nicht nur die Frage nach einem Abschluss – sondern vor allem danach, was bleibt.

respACT



Vielfalt leben. Haltung zeigen.

Was bleibt von einem Projekt, das über ein Dreivierteljahrzehnt hinweg gewachsen ist? Von einem Ansatz, der dort wirkte, wo politische Bildungsarbeit sonst oft an ihre Grenzen stößt? *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.* war mehr als ein befristetes Vorhaben – es war ein Lernprozess, ein Netzwerk, eine Praxis, die sich Schritt für Schritt etabliert hat.

Im Zentrum stand von Beginn an die Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendsozialarbeit. Diese Kooperation eröffnete Zugänge zu jungen Menschen, die durch klassische Angebote politischer Bildung kaum erreicht werden. Gerade in diesen Kontexten zeigte sich, wie wichtig niedrigschwellige, lebensweltorientierte Formate sind – und wie viel Potenzial in ihnen liegt. Über die Jahre hinweg entstanden tragfähige Strukturen, belastbare Kooperationen und eine Vielzahl an Bildungsangeboten, die sich in der Praxis bewährt haben.



Zur *RespACT*-Webseite:



Was bleibt, sind diese Erfahrungen – und die Geschichten, die sie hervorgebracht haben. Geschichten von Jugendlichen, die sich erstmals mit gesellschaftlichen Fragen auseinandergesetzt haben. Von Fachkräften, die neue Methoden erprobt und ihre eigene Rolle reflektiert haben. Und von einem Projekt, das kontinuierlich daran gearbeitet hat, politische Bildung anschlussfähig zu machen.

Neutralität und Haltung in politischer Jugendbildung

Im Jahr 2025 bündelten sich diese Erfahrungen noch einmal. Die Kooperationsfachtagung „Vorsicht! Unter Druck! – Über Neutralität und Haltung in politischer Jugendbildung“ setzte einen zentralen fachlichen Impuls. Die gemeinsam von der AKSB, dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben sowie dem Deutschen Volkshochschul-Verband organisierte Veranstaltung fand im August in Berlin statt und knüpfte an die erfolgreiche Zusammenarbeit der Vorjahre an.

Ausgangspunkt der Tagung war die anhaltende Debatte um ein vermeintliches Neutralitätsgebot in der politischen Bildung, das bei vielen Trägern zu Verunsicherung führte. Auf der Tagung kristallisierte sich heraus, dass diese Debatte nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern eng mit politischen

Auseinandersetzungen um Deutungshoheit, demokratische Werte und den Umgang mit menschenfeindlichen Positionen verknüpft ist.

Insbesondere wurde herausgearbeitet, dass politische Bildung weder wertneutral noch beliebig sein kann, sondern sich an den Grundwerten der Demokratie orientiert und diese aktiv vermittelt.

Eine wichtige Orientierung bot dabei Prof. Dr. Friedhelm Hufen, der die rechtlichen Grundlagen und Grenzen des so-

nannten Neutralitätsgebots einordnete. Demnach gilt: Die Chancengleichheit politischer Parteien und das Sachlichkeitsgebot sind maßgeblicher als ein allgemeines Neutralitätsgebot. Diese Differenzierung hilft, weit verbreitete Missverständnisse zu klären und stärkt die Handlungssicherheit der Teilnehmenden im Umgang mit politischen Positionierungen.

Dr. Jan-Christoph Kitzler ergänzte diese juristische Perspektive mit einer journalistischen Einordnung des Nahostkonflikts: Als ARD-Korrespondent in Tel Aviv für Israel und die palästinensischen Gebiete steht er regelmäßig vor der Herausforderung, auch bei sehr emotionalen und gegensätzlichen Positionen sachlich und zugleich verantwortungsvoll zu berichten. Er machte deutlich, dass er als Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ebenso wie politische Bildner*innen für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einsteht, und er trotz – und gerade auch wegen – der steten Anfeindungen Wert auf dieses Prinzip lege. Ganz ähnlich bewegt sich politische Jugendbildung in einem Spannungsfeld, das von gesellschaftlicher Polarisierung, politischer Einflussnahme und rechtlichen Unsicherheiten geprägt ist. Die Teilnehmer*innen waren sich einig darin, dieses Spannungsfeld aktiv zu gestalten und als Bestandteil demokratischer Bildungsarbeit zu begreifen.

Modulbox Antisemitismus

Auch die *Modulbox Antisemitismus*, deren Verbreitung und Einsatz im Jahr 2025 im Fokus stand, greift ähnliche Herausforderungen auf.

Sie bietet praxisnahe, methodisch vielfältige Zugänge, um antisemitischen Narrativen, Verschwörungserzählungen und Stereotypen in der Bildungsarbeit zu begegnen. Die modular aufgebaute Struktur ermöglicht eine flexible Integration in bestehende Bildungsformate, wodurch die Materialien sowohl in Workshops als auch in längerfristigen Projekten Anwendung finden können.

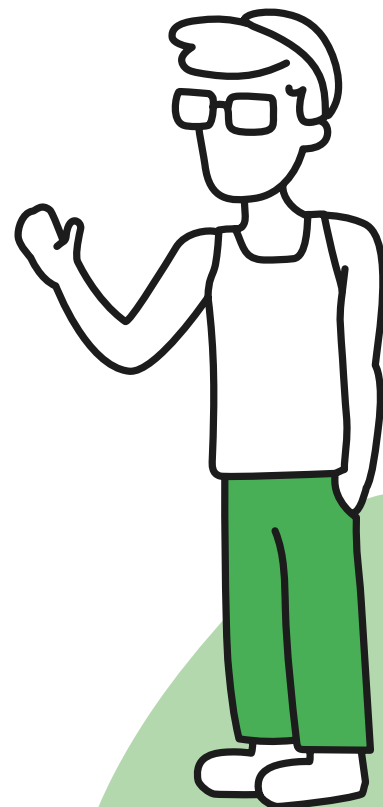
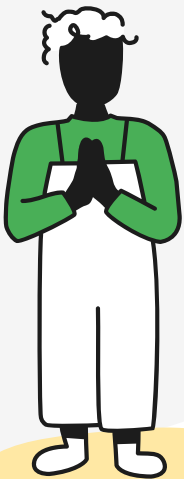
Die Verbreitung wurde durch gezielte Schulungs- und Einführungsformate begleitet, um pädagogische Fachkräfte mit den Inhalten und Methoden vertraut zu machen.

Ergänzt wurden diese Angebote durch trägerübergreifende Workshops der Fachstelle der Jugendmigrationsdienste, die Raum für Austausch, Weiterbildung und gemeinsame Reflexion boten. Formate

wie Barcamps und thematische Workshops griffen aktuelle Herausforderungen auf – von Antisemitismusprävention über Fragen von Diskriminierung bis hin zu neuen Phänomenen wie Radikalisierung im Kontext digitaler Medien. Sie stärkten nicht nur die fachliche Kompetenz, sondern auch die Vernetzung der Akteur*innen.

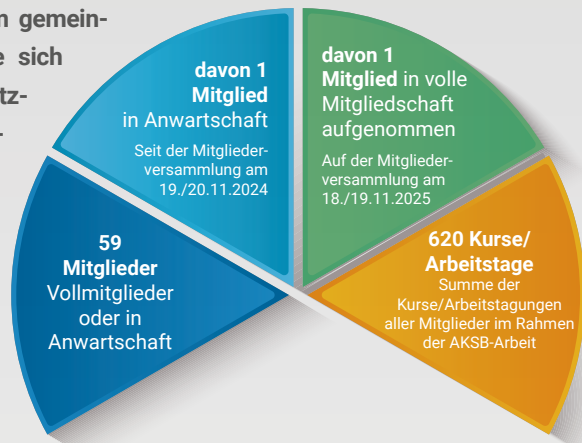
Trotz Projektende: Arbeit verstetigen

Was bleibt also? Es sind nicht nur Materialien, Methoden oder Dokumentationen. Es sind gewachsene Beziehungen, erprobte Ansätze und eine gestärkte fachliche Haltung. Es ist die Erfahrung, dass politische Bildung dort besonders wirksam ist, wo sie Kooperationen eingeht, Lebenswelten ernst nimmt und den Mut hat, Position zu beziehen. Gleichzeitig bleibt eine Leerstelle. Mit *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.* endet nicht nur ein Projekt, sondern auch eine Struktur, die über Jahre hinweg aufgebaut wurde. Was bleibt, ist damit auch ein Auftrag: die gewonnenen Erkenntnisse weiterzutragen, die entwickelten Ansätze zu sichern und die erreichten Zielgruppen nicht aus dem Blick zu verlieren. *RespACT* hat gezeigt, was möglich ist. Die Aufgabe wird sein, daran anzuknüpfen. —

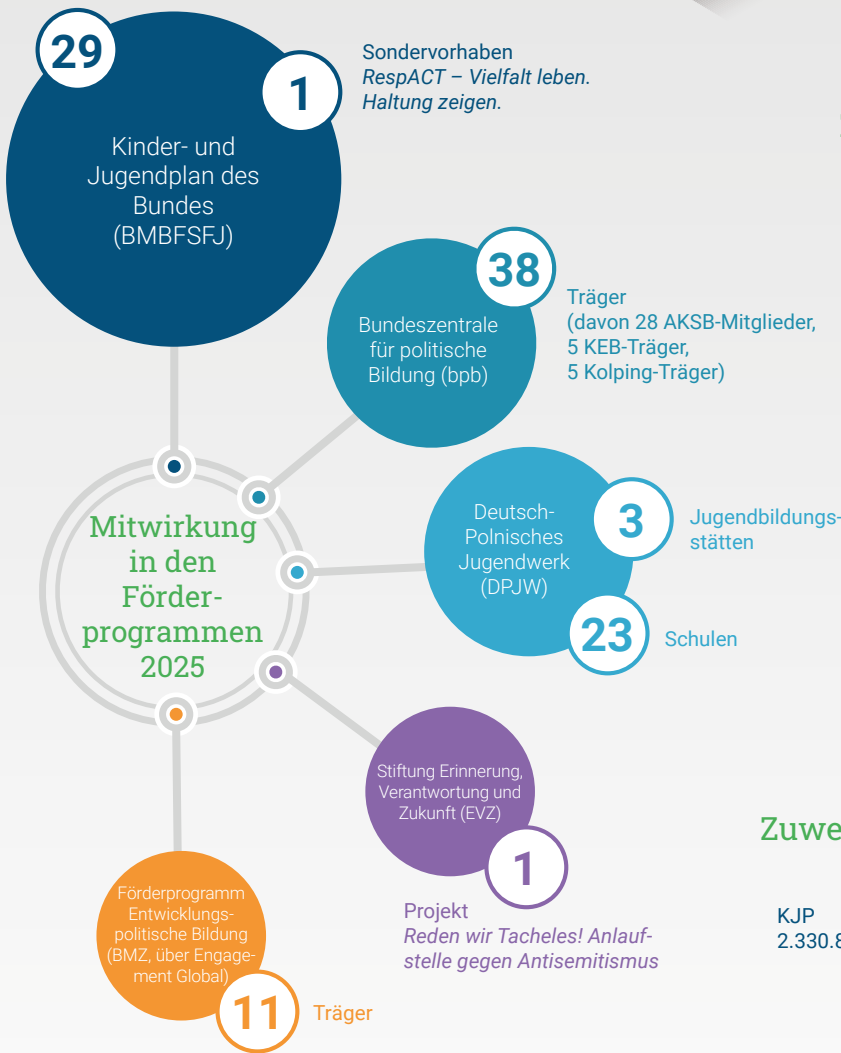


AKSB in Zahlen 2025

Die AKSB ist Mitglied in der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ), deren Ziel es ist, die Kultur der Transparenz im gemeinnützigen Sektor zu stärken. Die Organisationen, die sich der ITZ anschließen, gehen freiwillig über die gesetzlichen Veröffentlichungspflichten für zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland hinaus. Damit verpflichtet sich die AKSB, definierte grundlegende Punkte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Alle diese Informationen finden Sie unter: aksb.de/transparenz



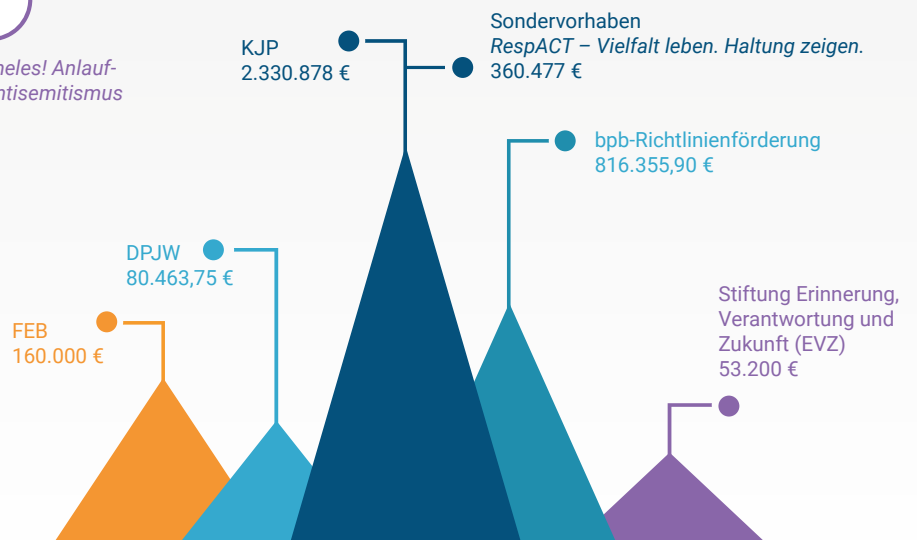
Träger



Bundesweite Zusammenarbeit 2025



Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln 2025



Stand: 31. Dezember 2025

AKSB-Mitglieder 2025



Akademie am Tönsberg
Oerlinghausen

Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus
Nürnberg

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
Stuttgart

Akademie des Bistums Aachen
Aachen

Akademie des Bistums Mainz
Mainz

Akademie Klausenhof
Hamminkeln

Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)
Düsseldorf

ASG-Bildungsforum
Düsseldorf

BeneVolens. Jugend fördern. Zukunft gestalten. Kommende-Stiftung Dortmund
Dortmund

Christliche ArbeiterInnenjugend (CAJ)
Essen

Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos
München

DIE HEGGE, Christliches Bildungswerk
Willebadessen-Niesen

Familienbund der Katholiken im Erzbistum Paderborn*
(in Anwartschaft seit 20. November 2024)
Paderborn

Forum Soziale Bildung
Karlstadt

Franziskanisches Bildungswerk
Großkrotzenburg

Gemeinnütziges Sozialwerk der KAB Deutschlands
Köln

Haus Ohrbeck, Katholische Bildungsstätte
Georgsmarienhütte

Haus Wasserburg
Vallendar

Heimvolkshochschule Gottfried Könzgen KAB/CAJ
Haltern am See

Heinrich Pesch Haus Katholische Akademie Rhein-Neckar
Ludwigshafen

IN VIA Akademie/Meinwerk-Institut
Paderborn

Initiative Christen für Europa
Dresden

Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal
Ostritz

Jugend- und Erwachsenenbildungshaus Marcel Callo
Heilbad Heiligenstadt

Jugendakademie Walberberg
Bornheim

Jugendbildungs- und Freizeitgestaltungsverein der KAB
Köln

Jugendbildungsstätte des Bezirks Oberpfalz, der KAB und CAJ Waldmünchen
Waldmünchen

Jugendbildungsstätte Haus Maria Frieden
Wallenhorst-Rulle

Jugendhaus Burg Feuerstein
Ebermannstadt

Jugendwerk für internationale Zusammenarbeit, Bleiberger Fabrik
Aachen

KAB Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands
Köln

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg
Freiburg

Katholische Akademie des Bistums Dresden-Meißen
Dresden

Katholische Akademie des Bistums Fulda
Fulda

Katholische Akademie des Bistums Hildesheim
Hannover

Katholische Akademie „Die Wolfsburg“
Mülheim an der Ruhr

Katholische Akademie Hamburg
Hamburg

Katholische Akademie in Bayern
München

Katholische Akademie in Berlin
Berlin

Katholische Akademie Rabanus Maurus Haus am Dom
Frankfurt/Main

Katholische Akademie Stapelfeld/Stiftung Kardinal von Galen
Cloppenburg

Katholische Erwachsenenbildung im Bistum Limburg
Frankfurt/Main

Katholische Erwachsenen- und Familienbildung im Bistum Essen
Essen

Katholische Landvolkshochschule Freckenhorst Schorlemer Alst
Warendorf

Katholisches Militärbischofsamt
Berlin

Katholisch-Soziale Akademie Franz Hitze Haus
Münster

Katholisch-soziales Bildungswerk Stuttgart
Stuttgart

Katholisch-Soziales Institut (KSI)
Siegburg

kifas – KAB-Institut für Fortbildung und angewandte Sozialethik
Waldmünchen

Kolping-Bildungswerk Paderborn
Paderborn

Kolpingwerk Deutschland
Köln

Kommende Dortmund, Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn
Dortmund

Liborianum, Bildungs- und Gästehaus des Erzbistums Paderborn
Paderborn

Ludwig-Windthorst-Haus
Lingen-Holthausen

Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen
Sögel

Nell-Breuning-Haus Bildungs- und Begegnungsstätte der KAB und CAJ im Bistum Aachen
Herzogenrath

pax christi Deutsche Sektion
Berlin

Soziales Seminar der Diözese Osnabrück, Marcel-Callo-Haus
Osnabrück

Thomas-Morus-Akademie Bensberg
Bergisch Gladbach

*Mit * markierte Einrichtungen befinden sich in Anwartschaft.*

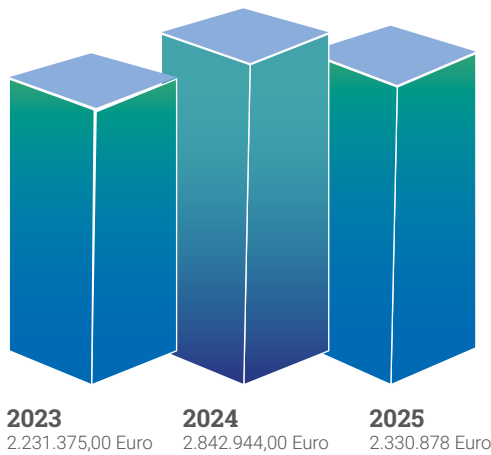
Stand: 31. Dezember 2025

Förderung im Überblick

Die Organisation und Weiterleitung von Fördermitteln zählt zu den Kernaufgaben der AKSB. Folgend sind einige wichtige Ergebnisse der Förderbereiche aus dem Jahr 2025 dargestellt.

KJP-Regelförderung 2025

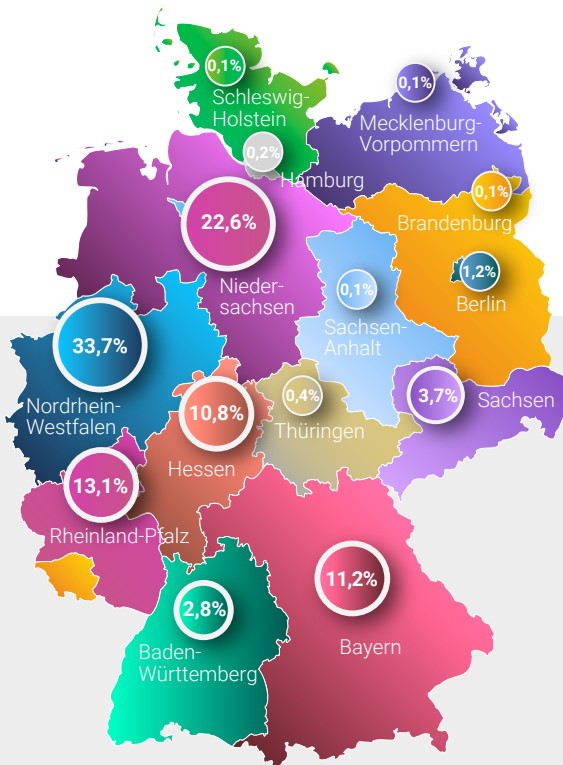
Bewilligte Fördersumme



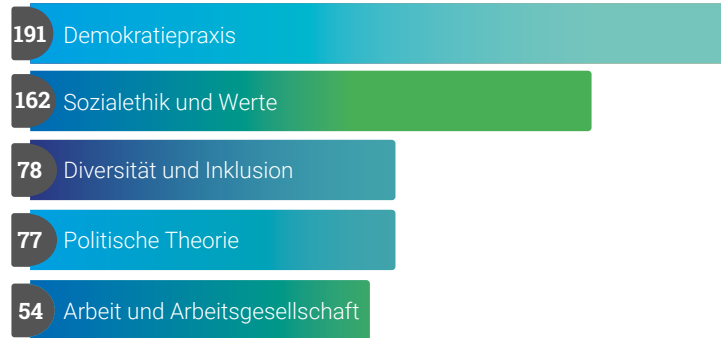
Die bewilligte Fördersumme im Förderprogramm KJP wurde auch 2025 wieder vollständig ausgeschöpft.



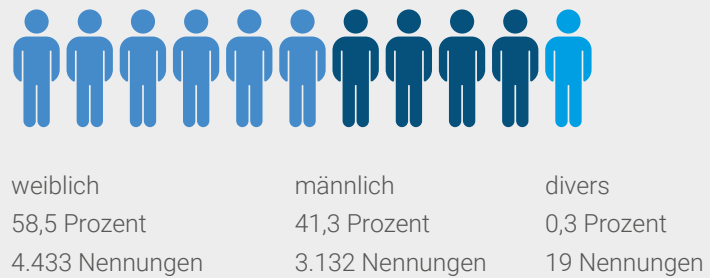
Kursteilnehmer*innen nach Bundesländern



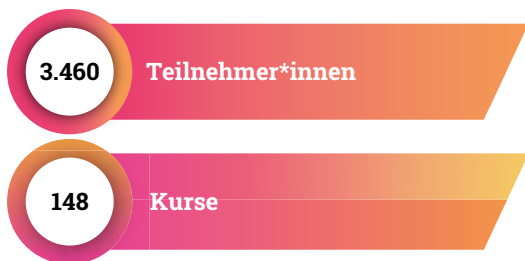
Häufigste Kursthemen



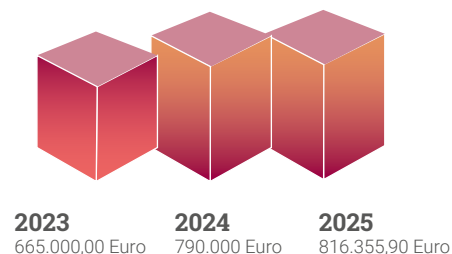
Geschlechterverteilung der Kursteilnehmer*innen



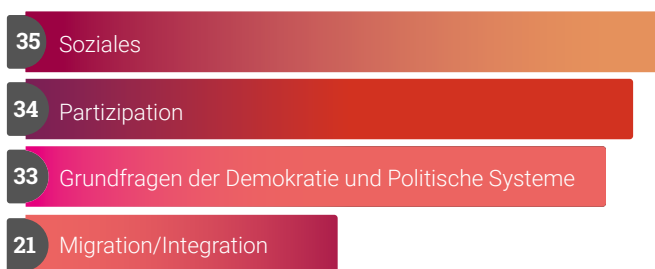
bpb-Richtlinienförderung 2025



Bewilligte Fördersumme



Häufigste Kursthemen



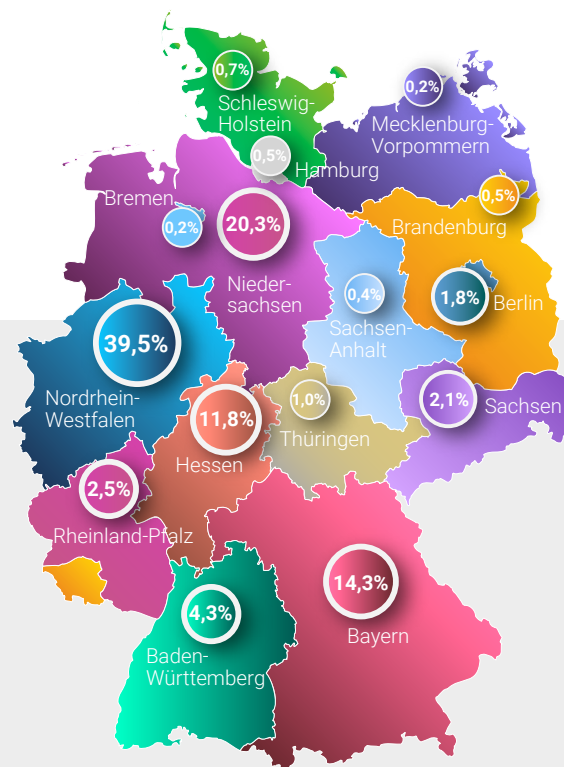
Häufigste Themen der bpb-Schwerpunkte („Runder Tisch“)

Jedes Jahr werden am Runden Tisch der bpb mit Blick auf aktuelle gesellschaftspolitische Themen neue Schwerpunkte für das kommende Förderjahr gesetzt.

Diese bpb-Schwerpunkte wurden am häufigsten aufgegriffen:



Kursteilnehmer*innen nach Bundesländern

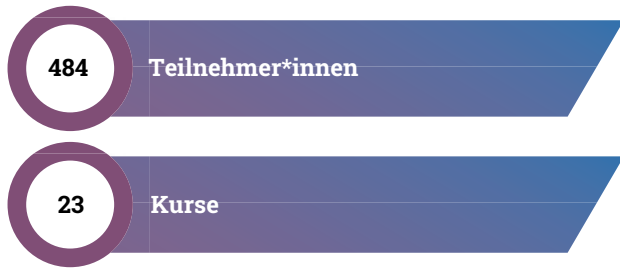


Geschlechterverteilung der Kursteilnehmer*innen



weiblich	männlich	divers
59,0 Prozent	40,8 Prozent	0,2 Prozent
2.041 Nennungen	1.412 Nennungen	7 Nennung

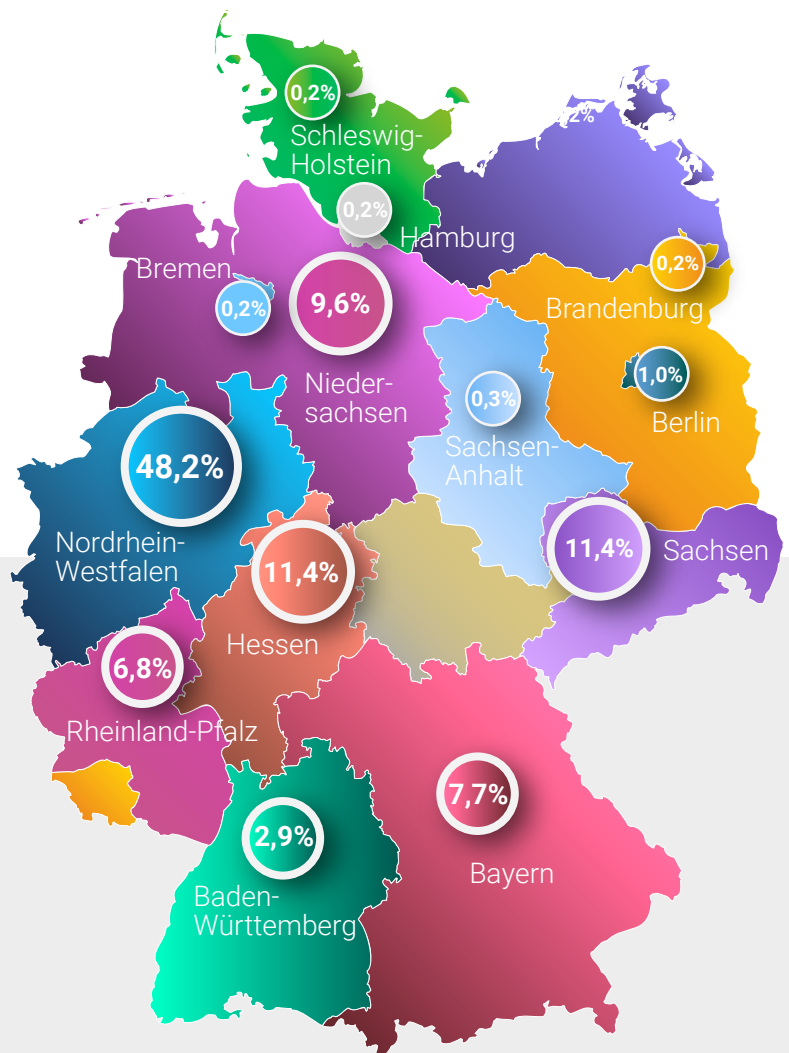
FEB-Förderung 2025



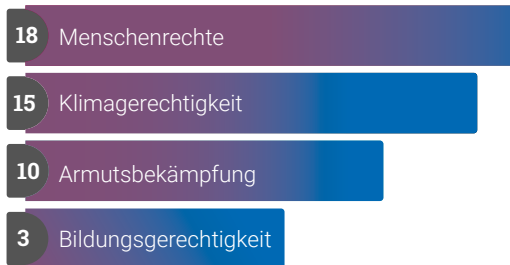
Die Förderung fand im Jahr 2025 im Rahmen des dreijährigen AKSB-Projekts *Endspurt 2030 – Auf dem Weg zur Umsetzung der Agenda 2030 – Bestandsanalyse, Anpassungen, Zukunftsperspektiven* statt. Alle bewilligten Kurse lassen sich einer von drei Projektmaßnahmen zuordnen.



Kursteilnehmer*innen nach Bundesländern

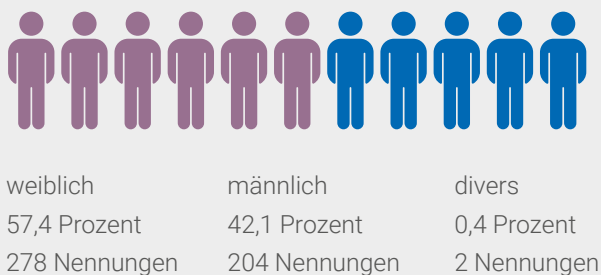


Häufigste Kursthemen



(Mehrfachnennung möglich)

Geschlechterverteilung der Kursteilnehmer*innen



DPJW-Förderung 2025

Bewilligte
Fördersumme

82.560,88
Euro

Außerschulische Veranstaltungen



Besuche von ...

... deutschen Schulen in Polen



... polnischen Schulen in Deutschland



AKSB im Überblick 2025

Bundesweite Zusammenarbeit

Infrastrukturstellenkonferenz

Andrea Rühmann (Leitung)

AKSB

Markus Schuck (Leitung)

AKSB

Dr. Nike Alkema

AKSB-Vorstand

Robert Kläsener

Schwerpunkt I: *Sozial-ökologische Transformation*

Max Berger

Schwerpunkt II: *Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte*

Kristina Hamm

Schwerpunkt III: *Sozialstaat und Arbeitswelt*

Frieda Himstedt

Schwerpunkt IV: *Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung*

Jonas Kühn

DiDaSKo

Rebecca Blasek (seit 1. Mai 2025)

DiDaSKo

Stefan Braun

AKSB-Projektleitung *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen. und Reden wir Tacheles! AKSB-Anlaufstelle gegen Antisemitismus*

Annika Breuer

AKSB-Projektleitung *Reden wir Tacheles! AKSB-Anlaufstelle gegen Antisemitismus*

Mitwirkende der Schwerpunkte (SP)

SP I: *Sozial-ökologische Transformation*

Robert Kläsener (Koordination)

Kommende Dortmund

Dr. Nike Alkema (Vorstand)

Akademie am Tönsberg

Martina Weishaupt (Vorstand)

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Dr. Rebecca Albert (seit 1. September 2025)

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg

Aadel Maximilian Anuth

Haus Ohrbeck

Angelica Bergmann Zamorano

Katholisch-Soziales Institut Siegburg

Bianca Berthold

Haus Wasserburg

Kerstin Bonge

IN VIA Akademie Paderborn

Martina Cessan

AKSB

Ulla Fricke

Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos

Valentin Heil

Bischöfliches Jugendamt des Bistums Mainz

Marie Heinemann

Bischöfliches Jugendamt des Bistums Mainz

Mark Radtke

Katholische Akademie „Die Wolfsburg“

Leonie Reif

Jugendakademie Walberberg

Lena Rüger

Jugendbildungsstätte Waldmünchen

Georg Salditt

IBZ St. Marienthal

Dr. Heike Wagner

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Hauke Meyerrose

Soziales Seminar der Diözese Osnabrück

Dr. Matthias Stracke-Bartholmai

Akademie der Versicherer der Kirche

SPII: *Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte*

Max Berger (Koordination, seit 1. Januar 2025)

Heinrich Pesch Haus

Michael Engbers (Vorstand)

Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen

Pia Albers (seit 15. September 2025)

Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen

Max Berger (neben Koordination auch Schwerpunktstelle)

Heinrich Pesch Haus

Rebecca Blasek (seit 1. Mai 2025)

Franziskanisches Bildungswerk

Carolin Decker (bis Juni 2025)

Jugendbildungsstätte Haus Maria Frieden

Anna Ditschler

Bischöfliches Jugendamt des Bistums Mainz

Finn Eilts

Dezentrale

Eileen Eisenhut

AKSB

Ivona Gebala

Katholische Akademie des Bistums Fulda

Detlef Herbers

Kommende Dortmund

Dr. Christina Herrmann

Nell-Breuning-Haus

Dr. Konstanze Jüngling

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Jan Leffers (bis 15. September 2025)

Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen

Charlotte Linss

ICE Dresden

Esther Nachiwara (seit Juni 2025)

Jugendbildungsstätte Haus Maria Frieden

Joachim Pfeiffer

ASG Bildungsforum

Karin Reisige

Nell-Breuning-Haus

Dr. Martina Schumacher

Katholische Akademie Stapelfeld

SP III: Sozialstaat und Arbeitswelt

Kristina Hamm (Koordination)

Nell-Breuning-Haus

Marcel Speker (Vorstand)

Ludwig Windhorst Haus

Michelle Bauer

Heinrich Lübke Haus,

Gemeinnütziges Sozialwerk der KAB Deutschlands

Matthias Blöcher

Jugendbildungs- und Freizeitgestaltungsverein der

KAB Deutschland

Annika Breuer

AKSB

Christoph Hollbein-Munske

KönzgenHaus Haltern am See

Ulrike Kienzle

Katholisch-soziales Bildungswerk (KSB) Stuttgart

Titus Möllenbeck

Akademie des Bistums Mainz

Gabriel Rolfes

Akademie des Bistums Aachen

Dr. Maria-Luise Schneider

Katholische Akademie in Berlin

Miriam Schütte (seit 1. August 2025)

Kolping Bildungswerk Paderborn

Julian Voit

Nell-Breuning-Haus

Eva Wissing

Jugendakademie Walberberg

SP IV: Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung

Frieda Himstedt (Koordination)

Katholische Akademie des Bistums Hildesheim

Gunter Geiger (Vorstand)

Katholische Akademie des Bistums Fulda

Stefan Braun

AKSB

Julia Fiege (bis 31. Juli 2025)

Kolping Bildungswerke Paderborn

Dr. Daniel Friedenburg

Familienbund der Katholiken im Erzbistum Paderborn

Amelie Greefe (seit 15. August 2025)

Katholische Akademie Hamburg

Damian Lazarek

Die Hegge

Dr. Christian Müller

Franz-Hitze-Haus

Dr. Karsten Pieper

Akademie am Tönsberg

Dr. Mathias Piwko (seit September 2025)

IBZ St. Marienthal

Dr. Regina Plaßwilm

ASG Bildungsforum

Markus Schuck

AKSB

Martin Stammler

Caritas-Pirckheimer-Haus

Dorothea Trappe (bis August 2025)

Katholische Akademie des Bistums Dresden-Meißen

Dr. Annette Wiesheu

Akademie des Bistums Mainz

Mitgliedschaften, Netzwerke, Mitarbeit in Gremien

Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Andrea Rühmann (Vorsitzende, seit 10. Oktober 2024)

Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb)

Andrea Rühmann (Runder Tisch)

Gemeinsame Initiative der Träger

Politischer Jugendbildung im bap (GEMINI)

Markus Schuck

European Association for the Education of Adults (EAEA)

Martina Cessan

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB)

Andrea Rühmann (Vorstandsmitglied)

Forum Hochschule und Kirche (FHoK)

Markus Schuck

Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Akademien

Gunter Geiger, Andrea Rühmann

Katholische Erwachsenenbildung Deutschland (KEB), Bonn

Markus Schuck

Netzwerk Politische Bildung in der Bundeswehr

Eileen Eisenhut, Gunter Geiger

Trägerkreis Katholische Jugendhilfe

Andrea Rühmann

zebis – Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften, Hamburg

Gunter Geiger

Fördergeber*innen

Politische Jugend- und Erwachsenenbildung (national)

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ)

- Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ)

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit

Engagement Global – Service für Entwicklungsinitiativen, Bonn

Internationale Jugendarbeit

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

Vorstand der AKSB (Amtsperiode 2025-2028)



Vorsitzender Gunter Geiger

Katholische Akademie
des Bistums Fulda



Zweite Vorsitzende Martina Weishaupt

Akademie der Diözese
Rottenburg-Stuttgart

Vorstandsmitglieder



Dr. Nike Alkema
Akademie am Tönsberg
(Oerlinghausen)



Michael Engbers
Marstall Clemenswerth &
Jugendkloster Ahmsen (Sögel)



Marcel Speker
Ludwig Windthorst Haus
(Lingen)

Beratende Mitglieder

Dr. Natascha Sasserath-Alberti

Katholisches Büro in Berlin

Andrea Pingel

Zentralkomitee der deutschen

Katholiken (ZdK), Berlin

Dr. Jakob Johannes Koch

Sekretariat der Deutschen

Bischofskonferenz, Bonn

Andrea Rühmann

AKSB-Geschäftsführerin, zugleich

auch Besondere Vertreterin des

Vereins nach § 30 BGB, Bonn

Kassenprüfung

Annette Seier

KönzgenHaus,

Haltern am See

Hendrik Ruße

Katholische Akademie

„Die Wolfsburg“

Bleiben Sie mit uns in Verbindung



Webseite: aksb.de



Newsletter-Anmeldung: aksb.de/newsletter-anmeldung



LinkedIn: linkedin.com/company/aksb



Instagram: instagram.com/aksb.de



Facebook: facebook.com/AKSBeV



AKSB-Shop: aksb.y-not.de

In unserem Shop finden Sie ausgewählte Materialien, gebrandete Elemente sowie Kampagnenartikel.

Pressekontakt

Wenden Sie sich für Presseanfragen gerne an:

Claudia Krupp
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
0228 28929-49
krupp@aksb.de

Anna Keller-Keith
Referentin für digitale Öffentlichkeitsarbeit
0228 28929-56
keller-keith@aksb.de

Impressum

Hrsg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Bonn.

Erscheinungsdatum: Mai 2026

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Sie stellt keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) dar. Die Verantwortung für den Inhalt der Veröffentlichung liegt allein bei der AKSB.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Im Rahmen des:



Auflage: 850 Exemplare
ISSN: 0937-8383

Verantwortlich: Andrea Rühmann

Redaktion: Claudia Krupp

Unter der Mitarbeit von:

Jasmin Becker, Max Berger, Anette Bickel, Stefan Braun, Martina Cessan, Eileen Eisenhut, Kristina Hamm, Frieda Himstedt, Anna Keller-Keith, Robert Kläsener, Matthias Körner, Nadine Krumscheid, Jonas Kühn, Andrea Rein, Nicole Scheiper-Brünker, Markus Schuck, Marion Schue

Grafische Gestaltung: deus werbung, Scheidter Straße 23, 42653 Solingen.

Gesamtherstellung:

Johnen Druck, Bornwiese 5, 54470 Bernkastel-Kues.

Dieser Jahresbericht wurde auf Papier gedruckt, dass den Kriterien des Blauen Engels entspricht. Die Produktion erfolgte unter weitgehender Einhaltung der Kriterien des Blauen Engels.

Termine der AKSB

2026

26.–27.1.2026	Schwerpunktkonferenzen der AKSB-Schwerpunkte	Maternushaus, Köln
11.–12.3.2026	Infrastrukturstellenkonferenz	Geschäftsstelle AKSB, Bonn
16.–17.4.2026	Fachtagung deutsch-polnischer Austausch zum Thema „Umgang mit Rechtsextremismus“ mit Jugendhaus Düsseldorf	Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Berlin
5.–7.5.2026	Verwaltungsfachtagung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
10.–11.6.2026	Infrastrukturstellenkonferenz	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
11.6.2026	Kooperationskonferenz (KOKO)	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
11.–12.6.2026	FEB-Abschlussveranstaltung	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
16.9.2026	Fachkonferenz „Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge	Katholische Akademie des Bistums Fulda, Fulda
22.–23.9.2026	AKSB-Schwerpunktkonferenzen	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart
29.9.2026	Fachtagung mepodi	Katholische Akademie des Bistums Fulda, Fulda
Termin folgt	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“	digital
16.–17.11.2026	Jahrestagung der AKSB	Akademie des Bistums Mainz
17.–18.11.2026	Mitgliederversammlung der AKSB	Akademie des Bistums Mainz
3.12.2026	Infrastrukturstellenkonferenz	digital

2027

24.–26.1.27	AKSB-Schwerpunktkonferenzen	Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal, Ostritz
17.–18.3.2027	Infrastrukturstellenkonferenz	Geschäftsstelle AKSB
9.–10.6.2027	Kooperationskonferenz (KoKo) und Verwaltungsfachtagung	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
9.6.2027	Jubiläumsfeier: 75 Jahre AKSB	Uniclub Bonn
Termin folgt	Infrastrukturstellenkonferenz	Ort folgt
Termin folgt	Fachkonferenz „Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge	Katholische Akademie des Bistums Fulda
20.– 21.9.2027	AKSB-Schwerpunktkonferenzen	Katholische Akademie Stapelfeld, Cloppenburg
Termin folgt	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“	digital
15.–16.11.2027	Jahrestagung der AKSB	Haus Ohrbeck, Georgsmarienhütte
16.–17.11.2027	Mitgliederversammlung der AKSB	Haus Ohrbeck, Georgsmarienhütte
2.12.2027	Infrastrukturstellenkonferenz	digital

2028

13.–14.11.2028	Jahrestagung der AKSB	Katholisch-Soziale Akademie Franz Hitze Haus, Münster
14.–15.11.2028	Mitgliederversammlung der AKSB	Katholisch-Soziale Akademie Franz Hitze Haus, Münster